

## GREGOR GYSI IN ROSTOCK

**Am 25.9. kam Gregor Gysi nach Rostock. Etwa 50 Genoss\*innen folgten der Einladung des Landesvorstandes in die Stadthalle.**

Gregor bereist derzeit alle ehemaligen DDR-Bezirksstädte, weil er in der „existenziellen Krise“ der Partei die Verantwortung spürt, gemeinsam mit den Mitgliedern vor Ort die Linkspartei zu retten. Rückblickend auf die schwere Anfangszeit der PDS bewies Gregor Galgenhumor: „Einige Parteimitglieder sagen sich wohl: Wenn es dem Gegner nicht gelingt, die Partei kaputt zu machen, müssen wir es selber tun.“ Er beklagte ein Klima der Denunziation in der Partei. Die Medien würden gezielt mit Informationen gefüttert. Es gebe in der Partei keinen richtigen Austausch zwischen den jüngeren und älteren Generationen, aber auch nicht zwischen Ost und West. Dadurch würden immer wieder Missverständnisse entstehen.

Auch in Gregors gewohnt launiger Rede drehte sich vieles um Sahra Wagen-

knecht. Einerseits übt Gregor scharfe Kritik an Sahras Verhalten. Ihr Gerede von einer Parteineugründung zermürbe die LINKE. Er kritisiert, dass Sahra Anfang 2021 in ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ den Eindruck vermittelt habe, DIE LINKE taue nichts mehr – sich danach aber in den Bundestag wählen ließ. Will sie als diejenige in



die Geschichte eingehen, die ihr Mandat nach einem Parteiaustritt mitnimmt und DIE LINKE totmacht? Damit würde sie sich selber ihren Ruf ruinieren. Sie könne sich doch auch einfach aus der Politik zurückziehen, zeigt Gregor eine Alternative auf. Sahra solle nicht immer nur Stellung gegen die eigene Partei beziehen, sondern auch gegen andere, so Gregors Forderung. In der Flüchtlingsfrage dürfe sie nicht die AfD kopieren.

Gregor sagte aber auch: „Sahra gehört zur Partei.“ Er wolle schon am darauffolgenden Tag wieder zu einem Gespräch mit ihr und Dietmar Bartsch zusammenkommen. Solche Gespräche gab es bereits früher, ein gemeinsames Papier wurde erarbeitet. Dann machte aber der Parteivorstand nach der Wagenknecht-Schwarzer-Friedensdemo einen Rückzieher. Laut Gregor ein „etwas merkwürdiges“ Verhalten des PV. Es sei auf beiden Seiten schwierig, zu vermitteln, so sein Resümee.

*Fortsetzung auf S. 3*

## DEUTSCHE EINHEIT?

*Von Ina Latendorf*

Am 27. September hat die Bundesregierung ihren jährlichen Bericht zum Stand der deutschen Einheit veröffentlicht. Das bringt mich dazu, einmal einen kurzen und kritischen Einblick auf diesen Bericht zu legen. Außerdem möchte ich meine eigene Perspektive als Abgeordnete aus dem Osten und aus dem ländlichen Raum aufzeigen.

Zu Beginn des Berichts stellt die Bundesregierung fest, dass „auch 33 Jahre nach der Wiedervereinigung die Spuren der deutschen Teilung noch sichtbar sind.“

„Sichtbar“ ist für mich doch eine – sagen wir mal – sehr diplomatische Formulierung.

Relevante Eckdaten zeugen bis heute nicht von Einigkeit: Menschen im Osten verdienen 2022 rund 13.000 € weniger als

im Westen – und der Unterschied ist im Vergleich zu 2021 um fast 1000€ größer geworden. Als stellv. Mitglied im Verkehrsausschuss schaue ich auch auf die Infrastruktur: Die Anzahl an Verkehrsknotenpunkten ging im Osten seit 1991 um zwei Drittel zurück, im Westen um „nur“ die Hälfte. Im Osten wurden seit 1991 2500 km Schienennetz zurückgebaut. Auch im Westen wurde rückgebaut, aber prozentual wesentlich weniger (in der gleichen Zeit gleich 3200 km).

Diesen Fakt lasse ich an dieser Stelle zunächst stehen, um später noch einmal darauf zurückzukommen.

Ja, es gab in der Tat einige Anstrengungen in den letzten drei Jahrzehnten, um Ost und West anzugleichen. Und jetzt, wie geht es weiter? Da habe ich Sorgen, denn es sind genau diese Programme, an denen

die Ampelregierung nun (auch) den Rotstift ansetzt. *Fortsetzung auf S. 7*



**In dieser  
Ausgabe**

**Seite 2: Festival in Schwaan  
Seite 3: Gregor Gysi  
Seite 4/5: Bürgerschaft  
Seite 6: Umgang mit der AfD  
Seite 7: Artgemeinschaft**

**Seite 8-10: Europawahl  
Seite 10/11: Bundestag  
Seite 12-14: Debatte  
Seite 15: Frieden schaffen  
Seite 16: Bundestag**

**Liebe Leserinnen und Leser,**  
wir haben unsere Anstrengungen erhöht und liefern Euch schon wieder Lektüre für Euer persönliches Parteilehrjahr. Die nächste Ausgabe erscheint Ende November. Dann wissen wir auch, wohin die Reise der Rostocker LINKEN bei der anstehenden Kommunalwahl geht, weil der Kreisparteitag ein Programm beschlossen haben wird.

In der nächsten Ausgabe werden wir zudem über den Europaparteitag in Augsburg berichten. Zur Einstimmung veröffentlichen wir ein Interview mit unseren beiden Parteivorsitzenden. Die Delegierten werden in Augsburg auch ein Wahlprogramm beschließen und dabei kluge Entscheidungen treffen. Oder wird es so laufen wie auf dem letzten Bundesparteitag? Der Karl-Liebknecht-Kreis M-V glaubt erkannt zu haben, warum auf dem letzten Parteitag die „falschen“ Beschlüsse gefasst wurden: „Wir wissen sehr wohl, dass man Mehrheiten

organisieren kann, wenn man den Apparat beherrscht. (...) Auch J. W. Stalin erkannte sehr schnell, nachdem er die Funktion des Generalsekretärs übernommen hatte, welche Macht ihm die Herrschaft über den Apparat brachte.“

Demokratisch und frei entschieden haben die Genoss\*innen im Landkreis. Herzlichen Glückwunsch an die frisch gewählten Kreisvorsitzenden Rosi Panowa und Nico Arndt. Gerüchten zufolge ging es spannend und turbulent zu. Wir danken Barbara Kirchhainer für das Foto der beiden Neuen (siehe unten). Ein schriftlicher Bericht erreichte uns leider nicht. Ein großes Dankeschön geht an den ehemaligen Kreisvorsitzenden Nico Burmeister, der sein Amt mit viel Freude, Leidenschaft und Hingabe ausübte.

**Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.**  
*Carsten Penzlin*



## Erklärung zur Absage des Festivals in Schwaan

Am Wochenende vom 15. bis 17.9. sollte in Schwaan ein linkes Kulturfestival stattfinden, mit Musik, Graffiti-Kunst und unterschiedlichen politischen Workshops. Kultur im ländlichen Raum sollte gezeigt und gestärkt werden und zwar als Kultur, die nicht ausschließt und für alle Menschen da ist.

Das allein hat gereicht, um ins Sichtfeld von Rechtsextremisten zu gelangen. Aufgrund dieser Situation und der Unmöglichkeit langfristig für alle Beteiligten die Sicherheit zu gewährleisten, mussten wir das Festival leider absagen.

Die Vorsitzenden der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, Vanessa Müller und Peter Ritter, sagen dazu: „Das ist uns allen eine Mahnung, Antifaschismus weiterhin in den Vordergrund zu stellen! Unser Ziel ist eine Welt, in der es möglich ist, so ein Festival ohne Gefahren zu veranstalten.“

## Antifaschismus und Solidarität gegen rechte Bedrohungen und Umtriebe

Zur Absage des Festivals erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Noetzel:

„Extrem rechte Bedrohungslagen und Gewalt sind allgegenwärtig und für viele Betroffene trauriger Alltag. Angesichts eines überall zu verzeichnenden Rechtsrucks und steigender Zustimmungswerte für menschen- und demokratieverachtende Positionen kann die Bedeutung kultureller Kontrapunkte gar nicht hoch genug geschätzt werden. Das Festival ‚Stört den Schwaan‘ sollte eine gelebte Demonstration für Offenheit, Vielfalt und Toleranz sein – abseits der großen Städte und offen für alle Menschen.

Umso erschütternder ist es, dass sich die Organisatorinnen und Organisatoren des Kulturfestivals aufgrund einer zunehmenden Bedrohungslage zu einer Absage gezwungen sahen. Letztendlich ist es das Ziel der blau-braunen Hetzer, eine rechte Hegemonie zu erzeugen, in der nichts und niemand geduldet wird, was nicht ins Weltbild der Menschenfeinde vom rechten Rand passt. Das werden wir nicht hinnehmen. Unsere Antwort kann nur lauten: Antifaschismus bleibt notwendig – Solidarität mit allen Betroffenen rechter Gewalt.“

**Anm. der Red.: Ein großer Dank geht an alle, die das Festival organisiert haben. Statt des Festivals fand am 15.9. ein Solidaritätskonzert im Rostocker JAZ statt.**

## AKTUELLES

Lebensraum Ostsee hat für Mecklenburg-Vorpommern besondere Bedeutung

**Zum Antrag „Demokratischer Ostseeraum – Perspektiven für eine zukunftsorientierte Ostseestrategie Mecklenburg-Vorpommerns“ erklärt der europapolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Albrecht:**

„Der Ostseeraum hat für Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Bedeutung. Das Baltische Meer trennt uns nicht von anderen Staaten, es verbindet. Mit der Ostsee stehen wir vor wichtigen Aufgaben, die wir nur gemeinsam mit anderen Anrainern angehen und lösen können. Dabei geht es um Zukunftsfragen wie Erhaltung des Lebensraumes Ostsee, Klimaschutz, Energieversorgung, Tourismus, Kultur und wirtschaftliche wie auch wissenschaftliche

Zusammenarbeit. In all diesen Bereichen ist eine ostseeübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich und historisch gewachsen.

Viele Partnerschaften bestehen bereits seit Jahren, sei es auf Ebene der Länder, der Kommunen oder mit Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft. Dieses Engagement ist außerordentlich begrüßenswert, wir wollen es mit unserem Antrag verstetigen.

Rot-Rot macht sich auf den Weg, ein Konzept zu erarbeiten, um bestehende Kooperationen zu vertiefen und neue zu knüpfen. Hierfür gibt es verschiedene Projekte, darunter das Veranstaltungsformat ‚Ostseetage‘, die Umstellung auf Erneuerbare Energien und die Beräumung der Ostsee von alter Munition. Ziel aller Partnerinnen und Partner ist es, den Lebensraum Ostsee zu nutzen, zu schützen und für die Zukunft zu bewahren.“

## GREGOR IN ROSTOCK

Der langjährige Parteivorsitzende verwies auch darauf, wie kompliziert der Aufbau einer neuen Partei sei. So hätten sich in den Anfangsjahren der PDS im Westen viele „Ausgegrenzte“ in der Partei versammelt, die dann erhebliche Schwierigkeiten machten. Auch könne eine Partei nicht von einer Person alleine geführt werden, die dann alles organisieren müsste, z.B. den Aufbau von Landesverbänden.

Gregor warnte vor der Illusion, dass alles gut werde, wenn Sahra die LINKE verlässt. Damit würden wir nicht alle Probleme und Widersprüche loswerden. Er empfiehlt seiner Partei in dieser Existenzkrise die Konzentration auf fünf Punkte: eine reale Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit in sozialer Verantwortung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Gleichstellung von Ost und West. Zu letztem Punkt merkte Gregor selbstkritisch an, nie laut darauf hingewiesen zu haben, dass die LINKE nach ihrer Gründung 2007 den Osten vernachlässigte. Er habe nicht als Besserwisser dastehen wollen. Aber damit habe man der AfD Raum gege-

ben. Das müsse korrigiert werden, z.B. in der Rentenpolitik. Mit Steuermitteln könnten Nachteile bei den Ostrenten ausgeglichen werden.

Ausführlich ging Gregor Gysi auf den Ukrainekrieg ein. Er habe schon immer den Bruch des Völkerrechts kritisiert – oft die USA, nun Russland. Russland habe doch andere Mittel, seine Sicherheit zu verteidigen. Aber auch der Westen habe alles falsch gemacht. In der LINKEN ginge der Streit vor allem darum, wie groß das ABER nach der Verurteilung des russischen Überfalls sei. Da müsse man sich doch zusammenraufen können!

Gregor folgt der Analyse des US-Generalstabschefs, der erkannt habe, dass keine Seite den Krieg gewinnen könne. Es müsse unverzüglich einen Waffenstillstand geben, so Gregor. Es gebe Friedensinitiativen von Xi, Lula und der Afrikanischen Union – nur vom Westen nicht. Das müssten wir kritisieren. Es sollten auch endlich Kriegsziele definiert werden („Sieg der Ukraine“, oder „keine Niederlage der Ukraine“?). Die Forderung nach einem völligen Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Boden

sei unrealistisch.

Wie weiter mit der Linkspartei? Ein Genosse bemängelte die fehlende Analyse des Parteivorstandes über die Ursachen des Niedergangs. Gregor möchte die Partei von unten neu aufbauen. Sie müsse an das Erbe als Kümmererpartei anknüpfen. Auf Parteitagen solle die Breite der Meinungen in der Basis besser vertreten sein. Die „Bewegungslinke“ dürfe nicht alleine dominieren. Der Forderung aus dem Publikum nach einem Rücktritt der Parteivorsitzenden und einem Mitgliederentscheid über deren Nachfolger erteilte Gregor eine Absage. Dies käme nur bei der nächsten regulären Neuwahl in Frage. Überhaupt ist Gregor dagegen, immer die Parteiführung zu scharf zu kritisieren.

Gregor Gysi freut sich, „in hohem Alter“ wieder von einer Parteiveranstaltung zur nächsten zu fahren. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Partei kaputtgeht“, appellierte er zum Schluss der Veranstaltung an seine Zuhörer\*innen.

*Text und Foto: Carsten Penzlin*

## IN SCHWERER SEE

**In der Septemбераusgabe des KLARTEXT haben wir das Thema Hafenerweiterung angeschnitten.** Es geht um die beiden Vorbehaltsgebiete Seehafen West (etwa Krummendorf) und Seehafen Ost (etwa Peez). Die Debatte nimmt weiter Fahrt auf. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hat in einem Schreiben an Verwaltung und Bürgerschaft auf die möglichen negativen Auswirkungen auf das sensible Ökosystem hingewiesen. In der Antwort der Hafengesellschaft wurde das im Grunde auch nicht geleugnet, aber auf das ökonomische Entwicklungspotenzial des Rostocker Seehafens verwiesen. Am 22.9. luden Rostock Port, das Amt für Stadtplanung und der Regionale Planungsverband Kommunalpolitiker\*innen zu einer Schiffstour durch den Hafen ein, um für die Erweiterung zu werben. Hafenchef Gernot Tesch verwies auf den jahrhundertalten Zusammenhang zwischen Hafen und wirtschaftlicher Blüte Rostocks. Auch nach 1990 sei der Hafen der Motor der Reindustrialisierung gewesen. Nun stoße der Hafen aber an seine Grenzen und müsse Jahrzehnte im voraus Flächenvorsorge betreiben. Vor fast 20 Jahren wurde mit entsprechenden Planungen begonnen, nun muss es schnell gehen, wenn der Hafen die Chancen der Energiewende nutzen wolle, sei es für die Produktion essentiel-

ler Komponenten oder den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft. Es müsse Platz geschaffen werden für die Erweiterung bestehender Unternehmen und für die Ansiedlung neuer. Dabei gehe es um hochbezahlte Industrie Arbeitsplätze.

Eine Erweiterung des Hafens sei daher im übergeordneten öffentlichen Interesse, betonte Rostocks Stadtplaner Ralph Müller. Alternativen gebe es kaum, Rostocks Hin-



terland sei aufgrund hoher Logistikkosten nicht konkurrenzfähig. LINKE, Grüne und SPD bringen nun einen Antrag in die Bürgerschaft ein, die Entwicklung der Gewerbeflächen Mönchhagen und Poppendorf voranzutreiben und über eine Schwerlasttrasse mit dem Hafen zu verbinden.

Dass ernsthaft nach Alternativen zur Hafenerweiterung gesucht werde, wurde in

der anschließenden Diskussion in Zweifel gezogen. Warum gebe es nicht mehr Kooperation mit anderen Häfen statt Konkurrenz? Weil wir nicht im Sozialismus leben, flüsterte mir ein Genosse zu.

Ist es wichtig, ob in Lübeck neue Arbeitsplätze geschaffen werden, oder in Rostock? Das wäre ein möglicher Aspekt in einer schwierigen Debatte, die aber angesichts der Folgen für die Umwelt unbedingt geführt werden muss. DIE LINKE setzt sich auch in ihrem Kommunalwahlprogramm (Entwurf) explizit dafür ein. Michael Fenger vom Regionalen Planungsverband versprach während der Schiffstour eine intensive Beteiligung der Öffentlichkeit in dem anstehenden Planungsprozess (als Vorbild nannte er den Nahverkehrsplan). Wichtig sei ein wertschätzender Umgang miteinander. In zwei Stufen soll diese Beteiligung erfolgen, bis dann Ende 2025 ein Vorentwurf zur Beschlussfassung in die Bürgerschaft kommen wird. Damit ist aber noch kein Baurecht verbunden, erst müssten die entsprechenden B-Pläne aufgestellt werden. Dann hat wieder die Bürgerschaft das Wort. Auch der Beirat für Bürgerbeteiligung spricht sich in einer Empfehlung für die Oberbürgermeisterin für eine breite Beteiligung der Rostocker Öffentlichkeit aus.

*Text und Foto: Carsten Penzlin*

## BERICHT VON DER BÜRGER-SCHAFTSSITZUNG AM 13.9.

Wir schreiben den 13. September 2023. Regine Lück stellt fest, dass alle verwaltungstechnischen Formalien korrekt sind und eröffnet die 41. Sitzung der Rostocker Bürgerschaft. Die Oberbürgermeisterin ist für diese Sitzung entschuldigt.

Christian Reinke (SPD) beendet seine langjährige Mitgliedschaft in der Bürgerschaft. Kira Ludwig folgt ihm. Im Anschluss kam es zu einer längeren Neuwahlrunde für die ganzen frei gewordenen Posten in Ausschüssen, Räten und Vertreterinnenversammlungen. Nurgül Senli wurde als Mitglied im Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport bestätigt. Christian Albrecht ist in der Zwischenzeit zum Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt worden.

### Zwei soziale Anträge

Zuallererst wurde über einen Prüfauftrag debattiert. Die Ausweitung des Sozialpasses (Warnow Pass) auf das Deutschlandticket. Bisher können Empfänger von Sozialleistungen mit dem neuen Tarif der RSAG für 30 € im Monat durch die Hansestadt fahren. Das Modell soll nun auf das Deutschlandticket aufgewertet werden.

Sozialsenator Bockhahn weist darauf hin, dass es unterschiedliche Warnow Pass-Besitzer gibt. So sind Personen, die Leistungen nach dem SGB2 bekommen, auch Wohngeldempfänger, Eltern mit Kinderzuschlag oder auch Asylbewerber. Diese werden mit dem Antrag nicht berücksichtigt. Er weist darauf hin, dass diese laut Gleichberechtigung auch einen Anspruch haben. Auch fügte er hinzu, dass es Aufgabe des Landes ist, solche Kosten zu tragen. Denn in der Verwaltung weiß niemand, wie man das bezahlen soll. Sei dieser Schritt daher unbedingt erforderlich?

Der Antrag wurde nach längerer Diskussion angenommen. Die Oberbürgermeisterin wird daher beauftragt sich bei der Landesregierung für eine landesweite Einführung eines Sozialtarifs zum Deutschlandticket einzusetzen und weitere Fördermöglichkeiten für einen Sozialtarif zu prüfen.

Des Weiteren wird Eva beauftragt, sich im Land für die bessere Finanzierung der Sozial- und Suchtberatungen einzusetzen. Im folgenden Antrag wird auf ein finanzielles Defizit der Beratungsstellen in Rostock hingewiesen. Rostock stellt seit Jahren eine sehr gute Beratung in diesen Bereichen zur Verfügung und die Vereine und Institutionen leisten hier in Rostock eine

unschätzbare Hilfeleistung. Die Zahlen der Beanspruchung steigen aber und die Mehrkosten muss bisher die Stadt tragen. Was sich dieses Jahr auf knapp 90.000 € und nächstes Jahr auf 110.000 € summiert.

Inflation, neue Tarife und Fallzahlensteigerung sind die Kraft hinter den Mehrkosten. Und es ist dringend erforderlich sich für eine Klärung der Versorgungsaufgabe einzusetzen. Es ist auch die Auffassung der Verwaltung, dass dies keine kommunale

ist laut Antrag eine Inventur in der Stadtverwaltung, dass die Stadt sich mehr mit dem Thema Plastik und deren Vermeidung auseinandersetzt und dafür Beratung von der Initiative einholt. Gegenreden erwähnten, dass das Amt für Umwelt und Natur schon sehr aktiv in diesen Dingen ist und dieser Antrag nichts weiter als die Finanzierung eines Vereins darstellt. Was derzeit 6500€ im Jahr sind. Der Antrag wurde angenommen.

Antrag: Kitaplaner stärken. Es soll geprüft werden, wie alle Kitaplatzbetreiber in dieses digitale Anmeldewerkzeug einzubinden sind. Der Kitaplaner ist eine Onlineplattform für Eltern, wo sie Kitaplätze suchen und beantragen können. Damit eine bessere und gerechtere Verteilung der Kita-Plätze stattfindet soll unsere Verwaltung nochmals das Gespräch mit den Trägern suchen. Dort ist zu klären, welche Vorbehalte oder Probleme diese für die Nichtteilnahme am Kitaplaner haben und wie die Stadt dabei helfen könnte, etwaige Probleme zu beheben.

Die Stellungnahme der Verwaltung gibt wieder einmal an, dass alle Dinge, welche im Antrag erwähnt werden, gemacht werden. Senator Bockhahn sprach dazu und berichtete, dass die Erfahrung zeigt, dass alle Träger, welche das System nutzen, weniger Probleme und zufriedener Eltern haben, als diejenigen Träger, welche darauf verzichten. Das System ist nicht verpflichtet für Träger. Daher ist es schwierig alle Träger zu involvieren. Aber, so Bockhahn weiter, es steige die Akzeptanz. „Beschließt es, aber es wird nichts groß ändern.“ Waren seine letzten Worte und der Antrag wurde angenommen.

### Autos. Die Gretchenfrage der Boomer

Die FDP versuchte es nochmal mit dem Antrag „Baustellenchaos beenden“. Umweltsenatorin Fischer-Gähde erinnerte wieder einmal daran, dass alles schon beachtet wird, was im Antrag gefordert wird, und daher brauche es auch den Antrag nicht. Auslöser war laut Meinung der Gegenredner ein Artikel des OZ-Redakteurs Andreas Meyer, der einmal zu lange mit seinem Auto im Stau stand, und schon war ein Antrag da. Kritiker meinen, dass viele vorgeschlagene Dinge im Antrag das Bauen teurer machen. So wird von Nacharbeit und Wochenendarbeiten gesprochen. Was die derzeitige Personal- und Finanzsituation absolut nicht hergibt. Die Baustellen sind nun mal da und es muss gemacht werden,

## Wir sind die Brandmauer.

Gegen den Schulterschluss von Union und FDP mit der Höcke-AfD!

**DIE LINKE.**

Werde aktiv:  
[www.die-linke.de/mitmachen](http://www.die-linke.de/mitmachen)

Aufgabe ist. Denn Sucht- und Schuldenberatung ist viel zu wichtig, als dass man die Kommunen damit alleine lässt. Problematisch wird in den Verhandlungen sein, dass die Verteilung der Gelder nicht durch die Anzahl der Beratungsfälle definiert ist, sondern nach der Einwohnerzahl. Und Landkreise würden bei einer Umstellung einen finanziellen Nachteil bekommen, würden sie diesem Vorschlag zustimmen.

So kann man politisch daraus schlussfolgern, dass der Finanzhaushalt derzeit durch den Landtag beraten wird und dass die Landtagsfraktionen gut beraten sind, dieses Thema auf die Diskussionsliste zu bringen. Daher sollten alle Mitglieder der Bürgerschaft auf Ihre Fraktionen einwirken, um dies in die Haushaltsdebatte einzubringen. Eine Vertagung wurde abgelehnt und der Antrag angenommen. Unsere Oberbürgermeisterin wird beauftragt, sich im Land für einen Ausgleich einzusetzen oder Kürzungen zu prüfen.

### Weitere Anträge

Rostock soll der Kampagnen „Initiative Plastikfreie Stadt“ beitreten. Voraussetzung zur Erlangung des Titels Plastikfreie Stadt

freute sich Kristin Schröder. Denn endlich werden die jahrelang geplanten Projekte gemacht und dass es dabei zu Behinderungen kommt, sei für sie und viele anwesende Bürgerschaftsmitglieder völlig normal. Es ist nachvollziehbar, dass aus diesem Antrag wieder eine ausschweifende Debatte wurde. Die CDU wirkte pikiert aufgrund des Zitats des OZ-Artikels. Sie wählte sich als Vertreter der Wahlbevölkerung durch das Aufgreifen dieser Meinung. Die Befürchtung, dass durch diesen Antrag nur wieder der Autoverkehr bevorzugt wird, stand auch im Raum und konnte auch nicht entkräftet werden. Die Verwaltung würde laut Stellungnahme dem Antrag so weit zustimmen, da sie schon alles das tut, was im Antrag gefordert wird. Daher sieht sie auch keinen Nutzen in der Zustimmung zu diesem Antrag. Dieser wurde dann durch die Mehrheit in der Bürgerschaft abgelehnt.

### Initiative gegen die Verschmutzung von Parkanlagen

Es soll durch einen Prüfauftrag die Beschilderung mit den Hinweisen zu Ordnung und Sauberkeit in Parkanlagen verbessert werden. Dafür soll ein Pilotprojekt gestartet werden, in dem zunächst eine Parkanlage ausgewählt wird und dort die Ansprache auf den Schildern in Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Ortsbeirat persönlicher und ansprechender gestaltet wird. Die Ergebnisse dieser Pilotphase sind anschließend der Bürgerschaft vorzulegen. Wenn die Pilotphase erfolgreich ist, kann das Vorhaben auf weitere Parkanlagen ausgeweitet werden. Natürlich stehen für eine Gegenargumentation wieder die Kosten im Vordergrund. Auch wurde bemängelt, dass der Lindenpark, der Barnstorfer Wald und der IGA-Park zur Auswahl standen. Eine Auswahl sollte sich auf Parks beziehen, welche keine oder mangelnde Ausschilderung und eine dadurch höhere Verschmutzung haben. So wurde dem Änderungsantrag der freien Park-Wahl zugestimmt und im Anschluss das OK für den Antrag und das Pilotprojekt gegeben.

### Anhebung der Vergütung der Mitarbeiter des Zoologischen Garten

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass sich die Entlohnung in Rostock am Durchschnittsgehalt eines Mitarbeiters in einem Zoo orientiert. So bekommt im Durchschnitt ein gelernter Zoopfleger 3.000 € brutto. Da liegt der Rostocker Zoo weit drunter. Die Stadtverwaltung hat zwar signalisiert, dass noch nicht alle Möglichkeiten der GmbH ausgeschöpft sind, aber auch aufgezeigt, dass die Stadt um eine Bezuschussung nicht herumkommt, was die Finanzsituation der Hansestadt nicht verbessert.



### Der Gabenzaun wird jetzt wieder aufgebaut

Im Antrag wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, gemeinsam mit der Gabenzaun-Initiative und den Einwohnerinnen ein Konzept zu entwickeln, das den ordnungsgemäßen Betrieb sogenannter Gabenzäune und Nachbarschaftsregale in verschiedenen Rostocker Stadtteilen sicherstellt. Das Konzept soll mindestens klären, wer für den Betrieb verantwortlich ist, welche Standards einzuhalten sind und inwieweit Rostock verbindlich Flächen

im öffentlichen Raum bereitstellen kann. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwieweit eine ordnungsgemäße Infrastruktur unterstützt werden kann. Daher dient der jetzige Gabenzaun an den Wallanlagen als Pilotprojekt in Rostock. Der Antrag wurde angenommen.

### Beschlussvorlagen

Neben Satzungsänderungen und Verlängerungen von Rahmenvereinbarungen wurde die Kunsthalle Rostock gGmbH gegründet. Im März 2009 fasste die Bürgerschaft den Beschluss, die Kunsthalle Rostock mit einem Betreibervertrag an den Verein pro kunsthalle e.V. auszugliedern. Die damalige Vereinbarung zur Vergabe der Dienstleistungskonzession endet zum 31.12.2023 ohne die Möglichkeit einer weiteren Vertragsverlängerung. Daher war es nötig eine Neugründung der Kunsthalle Rostock gGmbH zu planen. So heißt es im Sachverhaltsbericht, dass die Kunsthalle Rostock so weiterzuentwickeln ist, dass die Betreuung der Kunsthalle Rostock zukünftig auf einer sicheren und eigenverantwortlicheren wirtschaftlichen Grundlage gesichert ist. Eigentümer der Anlage bleibt die Stadt.

Das waren die Höhepunkte der 41. Sitzung der Bürgerschaft. Wer die Anträge, Stellungnahmen der Verwaltung oder die Änderungsanträge der Sitzung nachlesen möchte, wird auf [ksd.rostock.de](http://ksd.rostock.de) fündig.

*Martin Raspe*



## ANTIFASCHISMUS

Am 9. September lud die Rostocker Basisorganisation der VVN-BdA zum traditionellen Gedenken an die Opfer des Faschismus auf den Neuen Friedhof ein. Am dortigen Gedenkort für die Naziopfer versammelten sich etwa 25 Menschen, darunter die Co-Kreisvorsitzende der LINKEN, Nurgül Senli. Es sprach der VVN-Bundesvorsitzende Florian Gutsche.

Im kommenden Jahr kann das Gedenken nach Beendigung der Sanierung des Rosengartens hoffentlich wieder am OdF-Denkmal am Steintor stattfinden.



## HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN UMGANG MIT DER RECHTSEXTREMEN AfD

Rechtsextreme Parteien werden in Europa immer stärker. In Polen, Ungarn, Schweden, Italien regieren Rechte bis Postfaschisten und ganz aktuell könnten in Spanien die Rechtsextremen an die Macht kommen. In Deutschland hat die rechtsextreme AfD nicht nur in Umfragen die 20-Prozent-Marke überschritten, von Thüringen bis Baden-Württemberg, sie gewinnen mittlerweile auch Mehrheiten bei Wahlen auf kommunaler Ebene, wie zuletzt in Sonneberg, wo ein AfD-Kandidat zum Landrat gewählt wurde.

Nicht erst seit dem Ansteigen der AfD in Umfragen und ihren kürzlichen Wahlerfolgen wird viel darüber diskutiert, wie mit dieser rechtsextremen und in Zügen faschistischen Partei umzugehen ist. Leider versagen die bürgerlichen Parteien und ihre politischen Vertreter\*innen im Umgang mit der AfD auf ganzer Linie. In Sonntagsreden ist die Rede von einer angeblichen Brandmauer nach Rechts. Aber was ist von einer solchen Brandmauer zu halten, wenn SPD-Bundeskanzler Scholz sich freudestrahlend mit der Postfaschistin Meloni zu Beratungen trifft und von „einem wichtigen Partner und guten Freund“ spricht. Oder FDP-Verkehrsminister Wissing, der mit dem rechtsextremen Salvini eine „gemeinsame Achse zwischen Deutschland und Italien“ aufbauen will.

Eine Brandmauer gibt es nicht. Eine solche gab es auch noch nie bei der CDU. Merz beweist das wieder seit einigen Wochen mit für ihn typischen Aussagen. Er meinte im ZDF-Sommerinterview, dass in kommunalen Parlamenten eine Kooperation der CDU mit der AfD möglich sei. Er hat das nach viel Kritik zwar wieder relativiert, aber konkret hat in derselben Woche in Stuttgart die CDU Hand in Hand mit der AfD die Schaffung von dringend notwendigen Unterkünften für Geflüchtete im Gemeinderat abgelehnt. Sogar die Grünen haben es in die Schlagzeilen geschafft. Bei den Grünen hat die besagte „Brandmauer“ mittlerweile ganz große Löcher, denn in einigen Kommunen in Baden-Württemberg, insbesondere auch im Wahlkreis der Parteivorsitzenden Ricarda Lang, kooperiert die Grüne Gemeinderatsfraktion sogar mit der AfD. Sie stimmen Anträgen der AfD auch mal zu. Der Fraktionsvorsitzende vor Ort ist per Du mit den AfD-Stadträten und befreundet.

Also alles kein Problem? Ganz und gar nicht! Die AfD erhält auch immer mehr Zustimmung, weil die bürgerlichen Parteien einen so laxen Umgang mit ihr pflegen.

Das sendet das fatale Signal, bei der AfD handele es sich um eine ganz gewöhnliche Partei. Dabei ist und bleibt das oberste Ziel einer jeden rechtsextremen Partei, die Demokratie zu zerstören. Sie träumen von einer Gesellschaft von Reichen für Reiche, um Arbeiter:innen auszubeuten und zu versklaven, Menschenrechte abzuschaffen, gesellschaftliche Vielfalt zu verbieten und in letzter Konsequenz auch Menschen elendig sterben zu lassen. Ist die braune Büchse erst geöffnet, gibt es kein Zurück mehr. Die AfD ist keine Partei wie die Anderen und entsprechend sollte mit Ihnen umgegangen werden.



Daher habe ich für angehende Parlamentarier:innen und ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen folgende Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der rechtsextremen AfD formuliert. Diese gelten für LINKE und alle anderen Parteien:

1. Wenn die Stadträte der AfD Dich freundlich anlächeln, darfst Du nie vergessen, dass hinter der Fassade vom netten Onkel - oder besser gesagt vom netten Opa - ein gefährlicher Rassist steckt. Das Problem ist, dass sie einen ziemlich oft anlächeln und versuchen, Dich in Gespräche zu verwickeln - wenn Du ihnen nicht von Beginn an deutlich zeigst, dass Du sie ablehnst.

2. Wenn sie Dir die Hand zur Begrüßung geben wollen, und das werden sie sicher tun, dann hast Du die Chance, ihnen sofort klarzumachen, auf welcher Seite Du stehst. Verweigere immer den Handschlag! Sonst beißt der gefährliche Rassist bei erster Gelegenheit sofort zu.

3. Nein! Auch wenn sie einen Radweg oder etwas anderes sinnvolles beantragen sollten, lehnt Du diesen Antrag ab. Sie werden Dich bestimmt mit einem solchen Antrag in Versuchung bringen wollen. Für

Dich sollte aber immer gelten: Keine Zustimmung für gar nichts, was von der AfD kommt. Jede Zustimmung für ihre Anträge kommt einer Zusammenarbeit gleich und gibt ihnen die Sicherheit, bald zubeißen zu können.

4. Es kann auch mal vorkommen, dass sie einem Deiner Anträge zufällig zustimmen. Dafür kannst Du nichts. Außer für den einen Fall, dass eines Deiner Vorhaben nur mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommt, dann solltest Du Deinen Antrag zurückziehen oder erst gar nicht stellen. Mit den Stimmen der AfD darfst Du niemals Politik betreiben, sonst machst Du Dich mitschuldig an ihrer rassistischen Politik.

5. Wenn die AfD-Rassisten beginnen, ihr wahres Gesicht zu zeigen, dann stelle Dich selbstbewusst vor diejenigen, die bedroht oder angegriffen werden. Rede immer dagegen, entlarve sie und wenn nötig, störe sie. Nichts sagen oder ignorieren ist keine Option! Die anderen Stadträt\*innen werden Dir vermutlich vorwerfen, dass Du über jedes Stöckchen springst und/oder genauso wie die AfD bist. Aber spätestens, wenn die AfD-Rassisten beginnen, auch die Anderen anzugreifen, begreifen sie, dass Dein Widerstand und Mut wichtig ist. Sei mutig!

6. Sei immer wachsam - denn spätestens, wenn Du die Punkte 1 bis 5 befolgst - werden sie Dich loswerden wollen. Meist kommen ihre Angriffe anonym, irgendwann greifen sie Dich auch öffentlich an. Sie werden jede Chance nutzen, um Dich durch den Dreck zu ziehen.

Wir haben keine Zeit mehr, den Anfängen zu wehren. Diesen Punkt haben wir längst verpasst. Daher habe ich noch einen zusätzlichen siebten Tipp:

7. Um die AfD-Rassisten wieder in ihr braunes Loch zurückzudrängen, genügt es nicht, im Parlament gegen sie vorzugehen. Es braucht eine starke antifaschistische und antirassistische Bewegung auf der Straße, die sich diesen Nazis entgegenstellt. Daher engagiere Dich in lokalen Bündnissen und Initiativen gegen Rechts und Rassismus. Werde selbst aktiv - das gilt auch für Parlamentarier. In Deutschland darf NIE WIEDER geschehen, was von deutschem Boden aus die Welt ins Verderben gestürzt hat. Es ist auch Deine Verpflichtung, dass es nie wieder passiert!

*Luigi Pantisano, Mitglied des Parteivorstandes*

## DEUTSCHE EINHEIT?

Fortsetzung von S. 1

So auch beim Programm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsentwicklung“. Damit finanziert(e) der Bund mit den Ländern die regionale Wirtschaftsförderung. Die drohende Streichung im aktuellen Bundeshaushalt konnte zwar verhindert werden. Aber durch die Inflation bedeutet der Haushaltsentwurf trotzdem eine Kürzung.

Das ist natürlich insbesondere für den Osten hochproblematisch. Denn die strukturellen Voraussetzungen für Wirtschaftsentwicklung sind im Osten immer noch schlechter als im Westen. Es wäre also mehr Geld nötig. Angesichts des nötigen Wirtschaftsumbaus müssten deutlich mehr Mittel in die Hand genommen werden. Gerade entwickeln sich im sogenannten Solar Valley in Sachsen-Anhalt und Sachsen wieder kleine Pflänzchen einer heimischen Solarindustrie. Bleiben hier weitere öffentliche Förderungen aus, werden diese nicht wachsen oder sogar eingehen – dann zum zweiten Mal.

Wirtschaftspolitisch agiert die Ampel wie ein Geisterfahrer. Selbst neoliberale Ökonom:innen fordern gerade mehr Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Wirtschaftsförderung. Als Linksfraktion haben wir uns hier mit der Forderung nach einem 100-Milliarden-Euro Sondervermögen für die Bildung prominent eingebracht. Die

Ampel versteckt sich hinter der angeblichen Schuldenbremse, die ja mit seit den 100 Milliarden Sonderschulden für die Rüstung schon lange nur noch ein Märchen



ist. Am falschen Ende wird gespart und am anderen Ende für falsche Dinge Geld verbrannt.

Das bringt mich zurück zu der Infrastruktur und der Streckenstilllegung im Schienennetz: Ein gesamtdeutsches Problem, welches aber im Osten verstärkt auftritt. Überall leiden Menschen unter maroder Infrastruktur, fehlendem Personal und einer kaputt gesparten öffentlichen Hand.

Die Linksfraktion kämpft seit ihrer Einführung gegen die Schuldenbremse, um Investitionen in die Zukunft tätigen zu können. In der freien Wirtschaft ist es übrigens völlig normal Investitionen über Kredite zu

finanzieren. Doch die Ampel holt die Schuldenbremse insbesondere dann raus, wenn es um das Soziale und Investitionen in die Zukunft geht. Im Widerspruch also zu den Interessen der jungen Generation. Als Linksfraktion werden wir auch weiter dafür kämpfen, dass der Reichtum in unserem Land gerechter verteilt ist. Damit alle Menschen im Osten und im Westen, in der Stadt und auf dem Land von einem ordentlichen, bezahlbaren ÖPNV, von pünktlichen Zügen, und modernen Schulen profitieren können und nicht nur ein paar Reiche mit Privatjets fliegen und ihre Kinder auf teure Privatschulen schicken.

Zu guter Letzt erlebe ich in meiner täglichen Arbeit aber nicht nur den Unterschied zwischen Ost und West, sondern auch den zwischen Stadt und

Land. Die meisten Abgeordneten kommen aus urbanen Räumen, weit weniger aus Regionen des ländlichen Raumes. Interessen und Probleme des ländlichen Raums sind einem Teil der Abgeordneten schlicht nicht bekannt und so nicht ausreichend im Bundestag vertreten. Aber ihr könnt euch sicher sein, dass ich – auch wenn ich in der Minderheit bin – immer lautstark für den ländlichen Raum eintreten werde.

Schaut rein in die Anträge, kleinen Anfragen und Mitteilungen unserer Fraktion oder schaut unsere Debattenbeiträge im Plenum.

[www.ina-latendorf.de](http://www.ina-latendorf.de)

### Militante Neonazis unter dem völkisch-rassistischen Deckmantel der Artgemeinschaft

*Zum Verbot der „Artgemeinschaft“ durch das Bundesinnenministerium erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Noetzel:*

„Das Verbot der völkisch-rassistischen Artgemeinschaft ist grundsätzlich zu begrüßen – es kommt jedoch – wie bei der kürzlich verbotenen ‚Hammerskin Nation‘ – deutlich zu spät. Seit Jahrzehnten bietet der elitäre Rassistenclub den Deckmantel, unter dem sich militante Neonazis mit Verbindung zu rechtsterroristischen Strukturen versammeln und vernetzen. Die Artgemeinschaft taucht auch regelmäßig in den Untersuchungen zum NSU-Komplex auf. Die völkisch-rassistische Sekte bildete auch für Neonazis aus Mecklenburg-Vorpommern ein generationsübergreifendes Scharnier zwischen unterschiedlichen neonazistischen Subkulturen. Diese Mischung macht die Artgemeinschaft brand-

gefährlich. Ehemalige Angehörige von NS-Kampfverbänden und ewiggestrige Hitleranhänger treffen auf radikal-rassistische Menschenfeinde der Neuzeit. Dazwischen tummelten sich militante Blood&Honour- und Hammerskin-Kader sowie Personen, die nach außen ein vermeintlich gutbürgerliches Leben führen.

Dieses tiefbraune und explosive Gemisch, das sich auch im Nordosten zusammenbraute, zeigte sich bereits auf einer Sonnenwendfeier der Artgemeinschaft im Sommer 2004. Dort traf nicht nur der Usedomer Robert L., der vergangene Woche vom Hammerskin-Verbot betroffen war, augenscheinlich auf engste Unterstützer des NSU. Zum damaligen Zeitpunkt noch gänzlich unbeachtet soll – neben weiteren Neonazis aus Mecklenburg-Vorpommern – auch ein Arzt aus Dierhagen, der noch heute praktiziert, an dem völkischen Brauchtum der NS-Fanatiker teilgenommen haben.

Erst kürzlich wurde dieser wegen

des Fälschens von Impf- und Maskenbefreiungen rechtskräftig durch das Amtsgericht Stralsund verurteilt und erhielt dabei Unterstützung einer bundesweiten Fangemeinde. Möglicherweise könnte sich der vermeintlich unpolitische und medizinisch versierte Kritiker von Corona-Maßnahmen bei näherem Hinsehen nun als glühender Anhänger einer rassistischen und antisemitischen Ideologie entpuppen.“



# ◀ EUROPAWAHL

## „WER EIN EUROPA FÜR ALLE WILL, MUSS ES DEN REICHEN NEHMEN“

**Interview mit den beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Janine Wissler und Martin Schirdewan**

*Janine und Martin, die Europawahlen werfen ihre Schatten voraus. Die Kandidaten für die Wahlliste haben bereits ihren Hut in den Ring geworfen und ihr legt nun einen Entwurf für das Wahlprogramm vor. Wo setzt ihr die Schwerpunkte für den Wahlkampf?*

**Martin:** Wir wollen die politische Richtung ändern und Europa endlich gerechter, sozialer und demokratischer machen. Denn die vielen Menschen, die wütend sind auf die Politik und sich schlecht vertreten fühlen, haben ja recht. Europa wird in zentralen Bereichen beherrscht von Konzernen, Wirtschaftsinteressen und ihren Lobbyisten. Deswegen kommen keine angemessene Besteuerung von Superreichen und Konzernen und keine vernünftige Sozialpolitik zustande. So lassen sich die Krisen nicht lösen. Die Lebensmittelpreise gehen durch die Decke, aber die Gehälter und Sozialleistungen bleiben meist im Keller. Millionen von Menschen ächzen an der Supermarktkasse, haben Angst vor der Gasrechnung oder der nächsten Mieterhöhung. Und das Klima wird immer extremer, die Angst vor der Zukunft wächst. Währenddessen explodieren die Konzerngewinne. So kann es nicht weitergehen. Es braucht jetzt Umverteilung und eine Zeitenwende für Gerechtigkeit. Wenn der Markt die Krisen nicht regelt, ist es höchste Zeit, den Markt zu regeln! Das erzählen andere zwar auch manchmal vor Wahlen, aber wir haben – im Gegensatz zu SPD und Grünen – den Mut, uns wirklich mit den Reichen und ihren Lobbyisten anzulegen. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal.

**Janine:** Wer ein Europa für alle will, muss es den Reichen und Konzernen nehmen. Unser Programmentwurf soll Antworten bieten auf die Fragen, die derzeit die Mehrheit der Menschen in Deutschland und Europa umtreiben. Wie können wir Lebensmittel und Energie bezahlbar machen? Wie die Wirtschaft in Europa sozial gerecht umbauen? Wie die Klimakrise stoppen? Wie das Massensterben im Mittelmeer beenden? Wie können wir den Krieg in der Ukraine beenden und verhindern, dass die EU die Eskalation der Blockkonfrontation vorantreibt

und zu einer Aufrüstungsunion wird? Wie können wir unsere Demokratie schützen? Wir haben dazu eine klare Botschaft: Wir müssen den Markt grenzübergreifend regeln und die Demokratie ausbauen. Unser Europa soll ein Europa für alle sein. Unsere Alternative zur Politik von Regierung und EU-Kommission heißt soziale Gerechtigkeit. Damit stellen wir uns auch gegen die Rechten, anstatt ihnen nach dem Mund zu reden, wie das viele Parteien – etwa bei

unserer Zeit ohne Umverteilung nicht zu lösen sind und es grenzübergreifende Lösungen braucht. Die Krisen können ja nicht durch einen Nationalstaat allein gelöst werden. Wenn wir etwa die Macht transnationaler Konzerne bescheiden wollen oder Lohndumping bekämpfen, dann können wir das nur länderübergreifend wirksam tun. Kein Staat kann die Klimakrise allein stoppen, deshalb brauchen wir auch hier grenzübergreifende Zusammenarbeit. Klar ist die EU viel zu oft Teil des Problems, weil Konzerne und Reiche hier eine starke Lobby haben. Doch wenn wir als LINKE in Brüssel stark sind, können wir daran etwas ändern.

**Martin:** Wir nehmen auch keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an. Deswegen sind wir tatsächlich unabhängiger. Unsere Botschaft ist: DIE LINKE tritt als laute Stimme aller Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen an um in Europa Druck für soziale Gerechtigkeit zu machen.

*Was kann DIE LINKE in Brüssel denn konkret ändern?*

**Martin:** Dass wir viel bewegen können, zeigt die Arbeit unserer Fraktion im Europaparlament. Auf unsere Initiative hat das Parlament die Freigabe von Impfpflichten beschlossen, damit die Impfstoffe erschwinglich werden. Außerdem konnten wir uns dort mit der Forderung für mehr Rechte für die mehr als 25 Millionen Plattform-Beschäftigten durchsetzen. Unsere Fraktion hat für die Richtlinie zu europäischen Mindestlöhnen gekämpft, die übrigens auch dafür sorgt, dass nun der Mindestlohn in Deutschland steigen muss. Wir haben zudem durchgesetzt, dass krebserregender Asbest aus allen Häusern entfernt werden. Das ging natürlich alles nicht alleine, aber deswegen begreifen wir uns als wichtiger Ansprechpartner für soziale Bewegungen und Gewerkschaften.

*Ihr habt es angesprochen: Konzerne und Banken finanzieren einflussreiche Lobby-Netzwerke in Brüssel. Viele Gesetzesvorhaben tragen die Handschrift dieser Gruppen. Was muss geschehen, um den Einfluss der Reichen und Mächtigen zu begrenzen?*

**Martin:** Die Entscheidungsprozesse in der EU sind tatsächlich oft kaum zu durchschauen; Konzerne und das große Geld sind mit einem Heer von Lobbyisten



der Asylpolitik – derzeit tun. Während die Öffentlichkeit oft erregt über bundespolitische Themen streitet, scheint Brüssel weit weg. EU-Politik hat den Ruf, kompliziert und bürokratisch zu sein. Wie lassen sich Wählerinnen und Wähler trotzdem begeistern?

**Janine:** Erst einmal braucht es ein Programm mit überzeugenden Forderungen und Lösungsansätzen. Dafür haben wir jetzt eine sehr gute Grundlage. Denn unser Wahlprogramm-Entwurf zeigt, finde ich, gut: Wir kritisieren nicht nur, sondern zeigen, wie es besser geht. Wir machen deutlich, dass die großen Probleme und Krisen



aktiv. Diese versuchen natürlich, Gesetzentwürfe in ihrem Sinne abzuändern. Doch tatsächlich gelten in Brüssel strengere Regeln für Lobbyismus als etwa in Berlin. Aber die müssen auch durchgesetzt werden. Deswegen arbeiten wir als Fraktion mit NGOs zusammen, um besonders dreiste Fälle von Lobbyismus öffentlich zu machen. Gleichzeitig ist klar, dass mehr passieren muss, um die strukturelle Vormacht von Reichen und Konzernen in der EU zu überwinden.

*Welche Hebel haben wir denn auf europäischer Ebene überhaupt. Konzerne und Banken stärker zur Verantwortung zu ziehen?*

**Janine:** Es gibt dafür eine ganze Reihe von Hebeln: Wir wollen hohe Einkommen, Vermögen und die Krisen- und Riesengewinne der großen Konzerne in ganz Europa stärker besteuern. Wir wollen Mindeststeuersätze für Unternehmen einführen, denn es darf nicht mitten in Europa Steueroasen wie Luxemburg und Irland geben, in denen multinationale Konzerne wie Amazon ihre Gewinne so kleinrechnen können, dass sie kaum Abgaben zahlen.

**Martin:** Mit einer Investitionswende, einer Stärkung des öffentlichen Eigentums und einer Umverteilungsoffensive lassen sich die Ungleichheit und damit auch die wirtschaftliche Macht Weniger sehr einfach abbauen.

Doch die Übergewinnsteuer bleibt bisher weit unter ihren Möglichkeiten. Investitionen gibt es zwar, aber meist zugunsten großer Konzerne. In die öffentliche Infrastruktur wird zu wenig investiert. Die Menschen spüren das, wenn im Gesundheitssektor, bei der kostenfreien Bildung oder im öffentlichen Nahverkehr das Geld fehlt. Das alles zeigt: Gerechtigkeit ist eine politische Frage. Und deswegen gilt: Je stärker die LINKE ist, desto sozialer können wir Europa machen.

*Viele haben das Gefühl, die EU würde quasi jeden Lebensbereich regulieren. Doch ausgerechnet in der Sozialpolitik hält sich Brüssel zurück. Armut und Niedriglohn sind in Europa weit verbreitet, gemeinsame Sozialstandards gibt es kaum. Kann die Europäische Union überhaupt zu einer Sozial-Union werden?*

**Janine:** Die nationalen Regierungen und die EU-Kommission haben in der Tat durch ihre Kürzungspolitik und die Investitionsbremse das gesellschaftliche Miteinander gestört; denn soziale Ungleichheit gefährdet den Zusammenhalt, die Demokratie und den Frieden. Aber so muss es nicht bleiben. Immer mehr Menschen sehen ja: Die Schere zwischen arm und reich darf nicht weiter auseinandergehen. Es braucht bessere Bezahlung für Krankenschwestern

und Pfleger, mehr Lehrer und Lehrerinnen, mehr Geld für einen Umbau unserer Wirtschaft.

**Martin:** In der EU findet hier bereits ein Umdenken statt, auch dank des Drucks der LINKEN. Vielen wird bewusst, dass der Schaden, den ungezügelter Wettbewerb und Kürzungspolitik anrichten, größer ist als sein Nutzen. Wir dürfen eben nicht alles dem Markt überlassen. Das gilt für viele Bereiche, gerade bei öffentlicher Daseinsvorsorge. Viele Deregulierungen,

Worte. Demokratie bedeutet mehr Gleichheit: beim Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum, bei den Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern Europas und in Deutschland. Das gilt für diejenigen, die in Europa geboren sind, genauso wie für die, die durch Migration oder Flucht hierherkommen.

**Martin:** Wir wollen der Demokratie in Europa mit einer sozialen und ökologischen Investitionswende eine Grundlage schaffen. Eine Umverteilungs-Offensive kann

ihr endlich ein stabiles wirtschaftliches Fundament geben. Denn das sorgt nicht nur für einen Richtungswechsel in den Bereichen Soziales, Steuern, Energie, Verkehr und Wohnen, sondern leitet auch eine andere Wirtschafts- und Industriepolitik ein. Es geht darum, dass sich die große Mehrheit der Menschen etwas von dem Reichtum zurückbekommt, den sie tagtäglich erarbeitet.

*Besonders heftig gestritten wird derzeit über Klima- und Umweltschutz - auch auf EU-Ebene. Man dürfe den Menschen beim Klimaschutz nicht zu viel zumuten, meinen Konservative und Liberale. Haben sie damit recht?*

**Janine:** Konsequenter Klimaschutz ist angesichts der sich verschärfenden Klimakatastrophe total notwendig, das sieht auch die Mehrheit der Menschen in Europa so. Was

hingegen für Unmut und Empörung sorgt, ist schlechte Klimaschutzpolitik. Wer die Bahn nicht ausbauen und den ÖPNV nicht stärken und kostenfrei machen will, aber Menschen Einkaufstipps gibt, der meint es doch nicht ernst mit dem Klimaschutz. Eine attraktive Bahn ist Voraussetzung für eine nachhaltige Mobilitätswende. Deswegen schlagen wir die Gründung der United Railways of Europe vor, eine Gesellschaft in öffentlicher Hand, in der die Bahnunternehmen Europas zusammen-, statt gegeneinander arbeiten.

**Martin:** Eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht an Nachhaltigkeit und guter Arbeit orientiert, wird scheitern. Dagegen braucht es eine Industriepolitik, die massiv in den Umbau und Erneuerbare Energien investiert - und das geht, wenn man die als „Schuldenbremse“ verharmloste Investitionsbremse löst und auf europäischer Ebene die Kürzungspolitik überwindet statt sie - wie jetzt die Ampel - wieder zu verschärfen. Ich bin ein großer Freund der Forderung nach einem europäischen Kommunalisierungsfonds und einer Industriestiftung, damit können wir die öffentliche Kontrolle ausbauen - und so für die Menschen Verlässlichkeit und Mitbestimmung im Umbau schaffen. Wer dagegen so tut, als wäre Klimaschutz vor allem ein

**Afd: Politik gegen die kleinen Leute!**

Begrenzung für Mieterhöhungen <sup>1</sup>	DAGEGEN
5,5 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau <sup>2</sup>	ABGELEHNT
Erhöhung des Mindestlohns <sup>2</sup>	ABGELEHNT
Mindestvergütung für Auszubildende <sup>2</sup>	ABGELEHNT
Steuerentlastungen für Gutverdiener <sup>3</sup>	DAFÜR
Abschaffung der Erbschaftssteuer <sup>2</sup>	DAFÜR
Vermögenssteuer <sup>1</sup>	DAGEGEN

Quellen: <sup>1</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), <sup>2</sup> bundestag.de, <sup>3</sup> ZEW-EviSTA.

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

die die EU-Kommission durchgesetzt hat, sorgen mittlerweile für höhere Preise und schlechteren Service, etwa bei der Energieversorgung oder der Privatisierung des Eisenbahnsektors. Hier rudert Brüssel nun schon teilweise zurück. Und auch bei den öffentlichen Investitionen gibt es Ansätze eines Umdenkens und einer gemeinsamen Finanzierung. Wir haben die Mindestlohn-Richtlinie durchgesetzt. Nun müssen überall in der EU angemessene (Mindest-)löhne gezahlt werden, die ein Leben in Würde ermöglichen und oberhalb der offiziellen Armutsschwelle liegen. Mit solchen Erfolgen können wir den Menschen zeigen, dass die EU ihr Leben besser machen kann.

*Die Haltung zur EU ist bislang auch eine Frage des Einkommens: Wer sich zur unteren sozialen Schicht zählt, sieht die EU-Mitgliedschaft eher kritisch. Die Wohlhabenden hingegen schätzen die Vorzüge. Was kann DIE LINKE tun, um die EU zu einem Projekt für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen?*

**Janine:** Wir müssen Schluss machen mit der Lohnkonkurrenz, die ja zu einem Unterbietungswettbewerb der Beschäftigten geführt hat. Dazu müsste sich die EU-Kommission von ihrer neoliberalen Ideologie lösen. Demokratie ist keine Frage des Bekenntnisses und der schönen

Verzichtsprogramm für die Mehrheit der Bevölkerung, will sich mit den großen Schmutzfinken nicht anlegen. Aber 100 Konzerne weltweit verursachen 70 Prozent der CO2-Emissionen. Wer Klimaschutz will, muss sich also mit Reichen und Konzernen anlegen. Das macht nur DIE LINKE.

*Der Ukraine-Krieg hat auch die EU verändert. Als ehemalige Friedensnobelpreisträgerin finanziert sie mittlerweile ganz offen Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete und will in der großen Geopolitik mitmischen. Ist die Zeit für eine konsequente Friedenspolitik vorbei?*

**Janine:** Nein, Im Gegenteil. Der russische Angriffskrieg führt zu unermesslichem Leid, Tod, Flucht und Zerstörung. Er ist ein Verbrechen. Die Antwort des Westens auf diesen Krieg war bislang massive Aufrüstung, Stärkung der transatlantischen Abhängigkeiten und Erweiterung der NATO. Das folgt einer gefährlichen militärischen Logik. Wir sind überzeugt, dass die EU diplomatische Initiativen ergreifen muss. Wir brauchen zivile Alternativen zum militärischen Tunnelblick der NATO, um zu einem Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen zu kommen.

**Martin:** Mehr noch: Die EU muss insgesamt zu einem Vorreiter für Abrüstung und Entspannungspolitik werden. Wir brauchen dafür EU- Abrüstungsinitiativen und einen Fahrplan für internationale Kooperation. Von einer Aufrüstungsspirale profitieren doch vor allem die Rüstungskonzerne. Und die Doppelstandards des Westens tragen auch nicht zur internationalen Sicher-

heit bei: Gegenüber Kriegsverbrechen von

ten?

Entwurf

# Wahlprogramm Europawahl 2024 DIE LINKE.

Wir wollen ein **Europa der sozialen Gerechtigkeit**, in dem alle Menschen in Würde & frei von Armut leben können.  
Eine demokratische EU, in der die **Menschenrechte für alle** gelten.  
Eine EU, die dem **Frieden verpflichtet** ist.

Aus dem Entwurf des Wahlprogramms zur Europawahl

**Martin:** Ich glaube schon angesichts der Klimakatastrophe und anderer epochaler Herausforderungen müssen wir eine neue Blockkonfrontation dringend vermeiden - gerade um die Demokratie in Europa zu verteidigen. Dafür muss sich die EU aber unabhängig machen von fossilen Diktatoren a la Putin wie vom Aufrüstungs- und Eskalationskurs der USA. Mit anderen Worten: Europa braucht strategische Unabhängigkeit, die sozial, demokratisch und klimagerecht unterfüttert ist, um der zunehmenden Blockkonfrontation zwischen den USA und China eine Alternative entgegenzusetzen, die auf internationalen Ausgleich zielt. Das schafft langfristig Sicherheit.

**Janine:** Auch in Europa selbst ist die Bedrohung durch einen autoritären Kapitalismus eine große Gefahr. Demokratische Errungenschaften werden durch autoritäre Tendenzen in den Mitgliedsstaaten gefährdet. In Ungarn und Polen wird die Demokratie geschleift und Frauenrechte angegriffen und in Italien ist eine Neofaschistin an der Macht. In vielen EU-Staaten sind extrem rechte Parteien auf dem Vormarsch, die aus ihrer Verachtung für die Demokratie kein Geheimnis machen. Als LINKE stellen wir uns gegen das Erstarken der Rechten. Statt dem rechten Kulturkampf immer weiter nachzugeben, braucht es soziale Gerechtigkeit und Demokratie für alle. Es geht jetzt also um viel, aber umso mehr freue ich mich auf den Europa-Wahlkampf.

[www.links-bewegt.de](http://www.links-bewegt.de) (12.9.2023)

## AKTUELLES

# AUS DEM BUNDESTAG

Kinderarmut muss endlich in die Geschichtsbücher verbannt werden

*Pressemitteilung von Heidi Reichinnek, 27. September 2023*

„Nach Beschluss im Bundeskabinett hat die innerkoalitionäre Opposition – diesmal die SPD – das Gesetzgebungsverfahren um die sogenannte Kindergrundsicherung vorerst gestoppt. Was die Koalition hier seit Monaten abzieht, ist einfach sinnbildlich für den geringen Stellenwert, den Kinderarmut in der Koalition hat“, kommentiert Heidi Reichinnek, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, den Kabinettsbeschluss zur Kindergrundsicherung. Reichinnek weiter:

„Kinderarmut muss endlich in die Geschichtsbücher verbannt werden. Das ist unser Maßstab im Gesetzgebungsverfahren.

ren. Mit dem aktuellen Stand der Kindergrundsicherung wird es keine flächendeckenden Änderungen am Stand der Kinderarmut geben. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure haben hier gleichlautende Kritik wie die LINKE formuliert. Es droht sogar noch schlimmer zu werden: aktuell sieht es nach einer Verwaltungsreform mit Mehraufwand für Familien aus.

Das größte sozialpolitische Vorhaben der Bundesregierung scheint darauf hinauszulaufen, dass arme Familien künftig noch eine Behörde mehr abklappern müssen, um das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum für ihre Familie zugesprochen zu bekommen.

Die Bundesregierung muss zwischen dem ganzen Eigenlob auch mal Zeit finden, ihre eigenen Papiere zu lesen; denn wer sich mit dem Arbeitsstand auseinander-



setzt, bleibt entsetzt zurück.“

**Forderungen der LINKEN** 1. Die finanzielle Absicherung garantieren: DIE LINKE fordert eine armutsfeste Neuberechnung des Existenzminimums, damit arme Kinder

und Jugendliche eine tatsächlich armutsfeste Kindergrundsicherung erhalten. 2. Keinen Mehraufwand schaffen: Außerdem braucht es die Einrichtung von funktionierenden One-Stop-Governance-Strukturen, damit Familien zukünftig an nur einer Stelle alle monetären Leistungen klären können. 3. Gesellschaftliche Teilhabe stärken: Armut darf nicht nur auf monetäre Fragen reduziert werden. Wir brauchen eine starke Struktur für gesellschaftliche Teilhabe und Bildung in den Lebenswelten der Familien und für junge Menschen. Deshalb fordern wir ein Bundesprogramm für den Ausbau von Angeboten für Kinder, Jugendliche und deren Familien in ihrem Wohnumfeld. Dafür braucht es Kinder-, Jugend und Familienzentren inklusive einer Stärkung der Jugendhilfe und selbstorganisierter Jugendverbandsarbeit.



## Renten sofort erhöhen und Inflation endlich ausgleichen

Pressemitteilung von Matthias W. Birkwald, 22. September 2023

„Ich fordere eine einmalige, außerordentliche und zusätzliche Rentenerhöhung um zehn Prozent zum 1. Januar 2024. Das Rentenniveau muss wieder auf lebensstandardsichernde 53 Prozent angehoben werden, und das fordert DIE LINKE in ihrem aktuellen Antrag ‚Die gesetzliche Rente stärken‘“, erklärt Matthias W. Birkwald, renten- und alterssicherungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag:

„Es ist richtig, dass die Rentenerhöhungen im Kern an die Lohnentwicklungen gekoppelt sind. Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werden so auch im nächsten Jahr zu einer ordentlichen Rentenerhöhung führen. Und das ist gut so!

Allerdings wird sich diese erst zum 1. Juli 2024 auswirken. Das bedeutet für vie-

le Rentnerinnen und Rentner noch eine enorm lange Durststrecke. Es ist daher völlig unverständlich, dass die Pensionäre und Pensionärinnen mit durchschnittlich deutlich höheren Altersbezügen nun einen Inflationsausgleich erhalten sollen und sie nicht. Deshalb unterstütze ich die Forderung der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier und der VdK-Präsidentin Verena Bentele nach einem Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner. Gerade die Rentnerinnen und Rentner sind aufgrund ihrer durchschnittlich sehr niedrigen Altersrenten mit am stärksten von der Inflation betroffen.

Wir LINKEN fordern seit Jahren eine Erwerbstätigenversicherung. Dort sollen alle Menschen mit Erwerbseinkommen einzahlen, also auch die Beamtinnen und Beamten, die Selbstständigen, die Freiberuflerinnen und allen voran die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Schluss mit den Ungleichheiten! Wenn alle Erwerbstätigen in der Rentenversicherung wären, gäbe es auch keine Extrawürste mehr, sondern ordentliche und gute Renten für alle. Unser Nachbarland Österreich macht es vor.

Also: Gesetzliche Rente stärken und Renten rauf!“

## Mehr als 3,6 Millionen arbeiten zum Niedriglohn

Nachricht von Susanne Ferschl, 21. September 2023

**Trotz der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro arbeiten mehr als 3,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte zum Niedriglohn. Das zeigt eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung.**

Susanne Ferschl kommentiert: „Der immer noch hohe Anteil der zum Niedriglohn Beschäftigten zeigt, dass die einmalige Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro nicht ausreichend war. Erschwerend kommt hinzu, dass die hohe Inflation niedrige Einkommen besonders belastet. Die Menschen in Ostdeutschland sind hiervon ganz besonders betroffen. Die Bundesregierung muss mit einer erneuten kräftigen Anhebung des gesetzlichen

Mindestlohns gegensteuern und einen Maßnahmenplan zur Stärkung der Tarifbindung vorlegen. Sie darf zudem der sich weiter abschwächenden Konjunktur nicht länger einfach nur tatenlos zusehen, denn diese ist bestimmend für die Entwicklung des Arbeitsmarkts. Ein schwacher Arbeitsmarkt ist Gift für die Entwicklung der Löhne und Arbeitsbedingungen und damit auch für die soziale Entwicklung und den Zusammenhalt des Landes insgesamt.“

2022 verdienten mehr als 3,6 Millionen Beschäftigte weniger als zwei Drittel des mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgelts von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende). Bundesweit liegt bei jedem sechsten sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten (16,5 Prozent) der Lohn unter der Niedriglohnschwelle. Besonders hervor sticht erneut das Gastgewerbe, in dem nach wie vor rechnerisch mehr als jeder zweite sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte zum Niedriglohn arbeitet (56,3 Prozent).

Immerhin ist der Anteil der zum Niedriglohn Beschäftigten mit -1,6 Prozentpunkten 2022 stärker gesunken, als die Jahre zuvor (2021: -0,6 Prozentpunkte; 2020: -0,1 Prozentpunkte), besonders stark in Ostdeutschland (-2,8 Prozentpunkte). Dennoch dürften viele Beschäftigte real weniger im Portemonnaie haben. So stiegen die Verbraucherpreise insgesamt doppelt so stark und die Nahrungsmittelpreise mehr als vier Mal so stark wie im Vorjahr, während der Anstieg der Löhne, gemessen am mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgelt (Medianentgelt), mit plus 3,7 Prozent nahezu unverändert blieb. Zwar fiel der Anstieg für viele zum Niedriglohn Beschäftigte dank der einmaligen Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns höher aus; zum Niedriglohn Beschäftigte müssen aber einen besonders hohen Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben.



# ZWANZIG GEBOTE FÜR NÖRGELENDE PARTEIMITGLIEDER

Das folgende Dokument ist über 100 Jahre alt, aber nach wie vor aktuell. Quelle der Redaktion leider nicht bekannt.

## Anleitung für Allesbesserkenner

1. Sprich schlecht von der Partei bei jeder Gelegenheit, die sich Dir bietet.
2. Drohe stets mit Deinem Austritt oder mit Widersetzlichkeit, wenn Dir in der Partei etwas nicht passt.
3. Unterlasse auf keinen Fall, jedem haarklein zu erklären, daß Du mit der Tätigkeit der Partei nicht einverstanden bist.
4. Unterstelle allen, die Arbeit für die Partei leisten, daß sie das nur aus Ehrgeiz, um eines Postens oder persönlicher Vorteile tun, damit Du nicht selbst dieser Eigenschaften bezichtigt wirst.
5. Wenn Du mit einem Parteimitglied verfeindet bist, so wälze Deinen persönlichen Haß auf die Gesamtpartei ab.
6. Sprich niemals gutes über die gewähl-

ten Vertrauensleute der Partei, die in unermüdlicher Arbeit für die Partei tätig sind, und damit auch für die Besserstellung Deiner Verhältnisse.

7. Erkläre jedem, der nicht Mitglied der Partei ist, wie es eigentlich in der Partei sein müßte. Hüte Dich aber, das in einer Versammlung selbst zu sagen.
8. Bist Du gescheiter als andere Parteigenossen, so paß ganz genau auf, bis in der Parteileitung ein Fehler gemacht wird und falle sofort über die Parteileitung her. Halte aber mit Deinen Ratschlägen unbedingt solange zurück, bis der Fehler gemacht ist.
9. Vergiß nie in allen Versammlungen aus prinzipiellen Gründen Opposition zu machen, sonst würden dieselben ja in Ruhe arbeiten und ihre Aufgaben lösen können.
10. Triff die Leitung einmal nach Deiner Meinung das Richtige, so widersprich trotzdem. Sonst wärst Du ja nicht derjenige, der alles besser weiß.
11. Schwänze möglichst viele Versammlungen.
12. Wenn Du eine Versammlung besuchst,

so komme wenigstens zu spät und beschwere Dich über den zu späten Beginn der Versammlung.

13. Wird eine Versammlung vorbereitet, so erkläre diese Vorbereitungen für falsch und beteilige Dich nicht an dieser Arbeit.
14. Sabotiere möglichst alle Parteibeschlüsse.
15. Nimm keine Arbeit in der Partei an, da es leichter ist zu kritisieren.
16. Sei trotzdem gekränkt, wenn man Dich zur Mitarbeit nicht heranzieht.
17. Wenn Dich die Leitung um Deine Meinung fragt, so sage, Du habest nichts zu bemerken. Nachher erzähle allen, wie es hätte gemacht werden müssen.
18. Wenn andere Genossen selbstlos arbeiten, so schreie über Cliquenwirtschaft.
19. Bezahle Deinen Beitrag zu spät oder gar nicht.
20. Kümmere Dich wenig oder garnicht um die Werbung neuer Mitglieder und Abonnenten.

## LESERBRIEF VON LAJOS ORBAN

### Stellungnahme zum KLARTEXT Nr. 280

Dr. Carsten Penzlin wirft einige Fragen und Anschuldigungen bezüglich der aktuellen Situation der Linkspartei, der Gründung des KKK und der Vereinsgründung außerhalb der Linkspartei auf.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass der korrekte Name unseres Vereines, wie folgt lautet: „**Die Unbeugsamen – Linke Sammlungsbewegung e.V.**“

Obwohl es wichtig ist, verschiedene Standpunkte und Meinungen zu berücksichtigen, gibt es einige kritische Punkte, die gegenüber dem Autor Dr. Carsten Penzlin gemacht werden müssen:

#### 1. Allgemein:

**Generalisierung und Verallgemeinerungen:** Carsten scheint dazu zu neigen, die verschiedenen Gruppierungen und Aktivitäten innerhalb der Linkspartei in einen Topf zu werfen und sie pauschal als erfolglos oder unwirksam abzutun. Dies ist eine Vereinfachung der komplexen politischen Dynamik innerhalb der Partei.

**Unterschätzung der Graswurzelbewegungen:** Die Erwähnung von kleinen Gruppen wie „Die Unbeugsamen“ oder Karl-Liebknecht-Kreisen mag auf den ersten Blick unbedeutend erscheinen, aber solche Basisbewegungen können Einfluss auf die politische Agenda und Diskussionen inner-

halb und außerhalb einer Partei ausüben. Die Geschichte hat gezeigt, dass auch kleinere Gruppen politische Veränderungen beeinflussen können. Als herausragendes Beispiel dafür, dass kleine Gruppen große Wirkung haben können, ist die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten während der 1950er und 1960er Jahre zu nennen. Eine kleine Gruppe von Aktivisten und Führungspersönlichkeiten setzte sich entschlossen für die Gleichberechtigung der Afroamerikaner und gegen die Rassentrennung ein.

**Fehlende Berücksichtigung der politischen Vielfalt:** Der Text suggeriert, dass die einzigen Optionen für diejenigen, die unzufrieden mit dem Kurs der Linkspartei sind, die Gründung einer neuen Partei oder die Unterstützung von Sahra Wagenknecht sind. Es gibt jedoch viele andere Möglichkeiten für politische Aktivisten, ihren Einfluss auszuüben und politische Veränderungen innerhalb einer Partei anzustreben. Carsten unterstellt, dass es um die Unterstützung der eventuell kommenden Wagenknecht-Partei geht, das ist FALSCH! es geht den Genossen des KKK darum, die Partei Die.Linke zu retten. Der KKK setzt sich explizit für die Erhaltung dieser Partei ein. Es ist ganz klar, dass es in dieser Gesellschaft eine linkssozialistische Partei geben MUSS,

die die Interessen der Lohnabhängigen in den Parlamenten vertritt.

**Vereinfachte Darstellung von Sahra Wagenknecht:** Die Darstellung von Sahra Wagenknecht als jemandem, der dem Ordoliberalismus verpflichtet ist, kann als vereinfachend und ungenau angesehen werden. Politikerinnen und Politiker entwickeln sich weiter, und es ist wichtig, ihre Positionen in einem breiteren Kontext zu betrachten. Selbst wenn man ihr die Nähe zum Ordoliberalismus unterstellt, schlimmer als diese Verarmungs- und Kriegspolitik der jetzigen Regierung in Kooperation mit Teilen der Opposition, kann es kaum werden.

**Fehlende Ausgewogenheit:** Carsten bevorzugt eine bestimmte politische Perspektive, das ist in einer Parteizeitung zu erwarten, problematisch ist es, andere Standpunkte abzulehnen, **ohne eine ausgewogene Betrachtung** der verschiedenen Ansichten innerhalb der Linkspartei anzubieten.

Insgesamt ist es wichtig zu beachten, dass politische Entwicklungen komplex sind und es oft viele unterschiedliche Ansichten und Meinungen innerhalb einer Partei gibt. Eine kritische Analyse sollte diese Vielfalt berücksichtigen und auf Fakten und detaillierten Untersuchungen basieren, um eine ausgewogenere Sichtweise auf die politische

Situation zu gewährleisten.

## 2. Was bedeutet das konkret?

1. Carsten schreibt, dass es eine Minderheit ist, welche Zitat: „die mit der Neuausrichtung der Linkspartei als bewegungsnaher und konsequent anti-imperialistischer Kraft hadert.“ Er impliziert damit, dass es einige wenige Verwirrte sind, die sich nicht mehr auf diesen antiimperialistischen Kurs einlassen wollen. Wahrscheinlich verstehen dann die wenigen Nicht, dass die Befürwortung von Waffenlieferungen in die Ukraine, oder die Unterstützung der falschen Politik der Regierung im Wirtschafts- und Informationskrieg mit Russland jetzt das „konsequente antiimperialistische Handeln“ ist.

2. Carsten unterstellt, dass die Kritiker automatisch Anhänger der eventuell zu erwartenden Wagenknecht Partei sind. Dem muss entschieden widersprochen werden. Die Genossen und Genossinnen des KLK MV haben in ihrer Satzung ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass sie um den ERHALT der Linkspartei kämpfen wollen.

3. Carsten erwähnt „Die Unbeugsamen“ und weißt sofort darauf hin, Zitat: „der Name ist in purer Selbstüberschätzung eine Anlehnung an La France insoumise.....“. Carsten kann das natürlich sehr gut beurteilen, denn er hat selbstverständlich den Kontakt gesucht und hat sich persönlich von den An- und Absichten dieser Genossen überzeugt, oder doch nicht? Es bedarf keiner weiteren Worte, dass der selbstgesteckte Anspruch an die Pluralität und Zusammenarbeit in und außerhalb der Partei in Frage gestellt werden muss.

4. Carsten schreibt, dass „Die Unbeugsamen“ seit Juli 2023 ein Verein sind, das ist falsch. Die Gründung des Vereines erfolgte im September 2022. Richtig ist, dass die Eintragung ins Vereinsregister im Juli 2023 erfolgte. Nach Ansicht des Autors sind wir lediglich eine Facebookgruppe, in der Zitat: „...mit deftigen Worten der Zustand von Partei, Land und Welt beklagt wird.“ Es ist für Carsten unerträglich, dass Zitat: „z.B. misliebigen Politikern Gefängnis oder Psychiatrie gewünscht wird“. Damit es nicht falsch verstanden wird, selbstverständlich sollte in der Debatte immer ein korrekter, respektvoller Ton herrschen. Was auch in der deutlichen Mehrheit so ist.

Carsten schreibt weiter, Zitat: „Manchmal ist es auch nur skurril, wenn etwa beklagt wird, dass es im August schon Weihnachtsmänner zu kaufen gibt. Meine Aussage lautete wie folgt: „In was für einem KRANKEN System leben wir eigentlich?“ Carsten findet somit nicht den Sachverhalt Weihnachtsmänner im Sommer bei 30 Grad skurril, sondern die Kritik an der Feststellung. Das ist für mich nicht mehr nachvollziehbar. Es ist sehr traurig, dass nicht verstanden wurde, dass diese rhetorische Frage ein Ausdruck der Frustration, Unzufriedenheit und Empörung über bestimmte Zustände in der Gesellschaft darstellt. Dies für skurril zu halten, ist für mich eher ein

Zeichen der Anpassung an ein zutiefst krankes Wirtschaftssystem. Diese Anpassung spüren die Menschen und fühlen sich genau aus solchen Erwägungen heraus nicht mehr von den Linken vertreten.

Es ist mir wichtig zu beachten, dass diese oder andere rhetorische Fragen dazu neigen sollen, **Diskussionen über soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Probleme anzuregen**. Zielstellung ist es, mit einer kritischen und differenzierten Analyse der zugrunde liegenden Fragen effektive Lösungen zu finden und Veränderungen anzustreben.

5. Carsten hat die Grünen als Hauptfeind der Unbeugsamen identifiziert, woher er seine Erkenntnisse hat, bleibt wohl sein Geheimnis. Unsere Linke Sammlungsbewegung erinnert Carsten Zitat: „an „Wagenknechts gescheiterte Sammlungsbewegung „Aufstehen“ Viel Ehrgeiz, wenig Talent“. Auch das wird wohl sein Geheimnis bleiben, was er genau meint. Richtig ist, dass wir die Regierungsleistung für vollkommen falsch und sehr schlecht halten. Richtig ist auch das innerhalb der Ampel die Grünen die verlogenste und gefährlichste Partei ist. Sie sind die ersten die nach noch mehr Waffen für die Ukraine Schreien.

6. Carsten erwähnt das durchgeführte Bunderstreffen in Dortmund und stellt fest Zitat: „am 2.9. kamen nur 20 -30 Leute. Daraus kann keine neue Partei entstehen“. Auch diese Aussage ist schlicht und ergreifend falsch. Richtig ist, dass wenige Personen persönlich anwesend waren, insgesamt waren wir 34. Genauso richtig ist allerdings das wir einen Ehrengast Andre Hunko MdB Partei Die Linke hatten. Andre hat uns tiefe Einblicke in die Fraktion, in das Zusammenspiel oder sollte ich sagen wenige Zusammenspiel zwischen PV und Fraktion gegeben, sowie in die Beurteilung des Krieges und seiner möglichen Beendigung gegeben. Wofür alle anwesenden Genossen sehr dankbar waren.

7. Carsten geht im Laufe des Textes noch auf den KLK ein und hat Schwierigkeiten die Programmatik des KLK zu erkennen. Was vollkommen unverständlich ist, denn im Eingang beschreibt er das Motto des KLK richtig Zitat: „Nein, sagen wie Liebknecht, gegen Ungerechtigkeit, Demokratieabbau und Krieg. Ja sagen für Frieden, Solidarität und Humanismus.“ Das Wichtigste erkennt er allerdings nicht.

Vielleicht hätte sich Carsten den Artikel von Felix Baumert „Oou vadis Die Linke“ auf Seite 5, gleichnamiger Zeitung, durchlesen sollen. Felix fordert in einem Halbsatz Zitat: „...müssen (wir Linke) gerade jetzt den Mut ausringen ein trotziges „Trotzdem! zu rufen“.

In Bezug auf den KLK erkennt Carsten sogar eine Überschneidung zur kommunistischen Plattform. Ist das nun gut oder schlecht? Carsten sagt einfach, dass daraus keine neue Partei entstehen kann, obwohl es ja gerade nicht die Idee des KLK ist eine neue Partei zu gründen. Vielleicht würde es

helfen sich die Satzungen der beschriebenen Organisationen mal anzusehen, bzw. das Gespräch zu suchen. Der KLK hat die Kreis- und Landesvorsitzenden eingeladen, allerdings besteht von dieser Seite kein Interesse in den Dialog zu gehen. Vielleicht sollte Carsten mal vorbei gehen. Die Veranstaltungen sind für jeden offen, auch für Carsten. Ist nur so eine Idee!

8. Carsten beschreibt richtig, dass sich viele Ideen in dem „Was tun“- Netzwerk bündeln, dass der linksliberale Kurs und das Buhlen um das grüne Milieu abgelehnt wird und das die NATO schärfer kritisiert werden muss.

Carsten beschreibt, dass einige bekannten Köpfe im „Was tun“- Netzwerk sich engagieren, allerdings ohne Einfluss auf die Partei. Carsten ist sich sicher, in welche Richtung der KLK agieren möchte, Zitat: „es geht gegen den Parteivorstand und seinen politischen Kurs (...), es irritiert das auch Mitglieder anderer Parteien (DKP, MLDP) **unsere Partei** auf einen anderen Kurs bringen“. Auch hier ist festzustellen, **dass die Gründe, dass WARUM sich Genossen Gedanken um den Wert dieser Partei** machen, bei dem Verfasser des Textes, also beim Carsten keinerlei Rolle spielt. Es bleibt dabei, vorbei gehen, mitdiskutieren, zu hören, die Präambel lesen, das könnte helfen, in der korrekten Beurteilung der Lage.

9. Der parteilose Sänger Tino Eisbrenner der von einem Friedensfest der LINKEN eingeladen wurde, Zitat: „weil er mitten im Krieg auf einem russischen Propagandafestival in Moskau aufgetreten war“. Carsten deutet an, dass Eisbrenners Auftritt auf diesem Festival ein Zeichen für eine Zitat: „einseitige Parteinahme für Russland bedeutet“. Die Sichtweise des KLK hat Carsten korrekt wiedergegeben. Aus unserer Sicht ist die Verantwortung für den Krieg in der Ausweitung und Einbeziehung der Ukraine in das westliche Militärbündnis der NATO zu sehen.

Unabhängig welcher Theorie man folgt, ist festzustellen, dass die Beschreibung des Festivals als „Propagandafestival“ eine subjektive und negative Bewertung ist. Der Begriff „Propaganda“ wird verwendet, um eine einseitige und manipulative Verbreitung von Informationen oder Ansichten zu kennzeichnen. In diesem Fall legt Carsten nahe, dass das Festival in Moskau eine manipulative Veranstaltung war, die zur Verbreitung von politischer Propaganda diente. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, hier eine ausgewogene Perspektive zu wahren. Die Tatsache, dass ein Künstler auf einem Festival in Russland aufgetreten ist, bedeutet nicht zwangsläufig, dass er politische Propaganda unterstützt. Künstler treten häufig auf internationalen Veranstaltungen auf, um ihre Musik oder Kunst einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die Interpretation dieses Auftritts als Unterstützung für eine bestimmte politische Agenda ist spekulativ und sollte durch genauere Informationen und Beweise gestützt wer-

den. Generell sollte die Bezeichnung „Propaganda“ mit Vorsicht verwendet werden, da sie oft dazu dient, politische Gegner zu diskreditieren. Eine gründliche Analyse und Bewertung von Fakten sind notwendig, um festzustellen, ob tatsächlich politische Propaganda vorliegt oder ob es sich lediglich um eine kulturelle Veranstaltung handelt. Die Art und Weise, wie Carsten das Festival in seinem Text darstellt, kann nur als einseitig und tendenziös betrachtet werden, da er eine bestimmte Schlussfolgerung zieht, ohne ausreichende Beweise dafür vorzulegen. Hand in Hand mit der herrschenden Kaste, Carsten und Genossen wundern sich, das sich Widerstand regt.

Es ist müßig immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Krieg, wie jeder andere Krieg abzulehnen ist. Gleichwohl sollten wir an Hegel denken der richtigerweise sagte Zitat: „Zur Wahrheit gehört das GANZE Bild“. Die Gesellschaft wie unsere Partei sind in dieser Frage gespalten und werden es wohl bleiben, leider werden die Ursachen mehr oder weniger weggelassen, was aus unserer Sicht vollkommen falsch ist.

Carsten, der Parteivorstand und weite Teile der Parteifunktionäre wissen um die Ursachen, verurteilen diesen Krieg wie jeden anderen auch und blenden die Ursachen einfach aus. **Sie können oder wollen nicht erkennen, dass es diesen Krieg gar nicht geben würde, wenn die berechtigten Interessen aller Seiten beachtet worden wäre. Das ist die Diskussion die geführt werden muss. Allerdings scheint es leichter zu sein, sich mit der herrschenden Kaste unterzuhaken, den Wirtschafts- und Informationskrieg zu unterstützen. Und die Kritiker sind dann eben „Wagenknechte, Putinisten, Verschwörungstheoretiker etc.**

10. Carsten, als Genosse und promovierter Historiker scheint nicht zu wissen, was unter wissenschaftlichen Sozialismus zu verstehen ist. Gleichwohl unterstellt er den Genossen des KLK das sie es auch nicht wissen. Welchen Sinn dieser Gedanke haben soll kann ich nicht erkennen. Es muss auch nicht jeder per Definition wissen was gemeint sein könnte. Allerdings könnte man von einem Genossen erwarten, dass er weiß, dass Marx und Engels einen Ansatz entwickelten zur Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, um so die Bedingungen zu analysieren, wie eine sozialistische Gesellschaft aussehen könnte. **Marx und Engels lebten auch in einer anderen Zeit und sind ja noch älter als Liebknecht und Luxemburg, kann also nicht mehr aktuell sein bzw. muss eine Verschwörungstheorie sein.**

11. Zur kommenden Wagenknecht Partei ist Carsten sicher, dass sie schnell wieder verschwunden ist, schließlich gibt es kein Programm, allerdings ist die Linke dann mit weg. Warum eigentlich? Wird nicht ständig behauptet, wenn Wagenknecht weg ist wird alles besser. Nach Carstens Ansicht ist Sahra Wagenknecht eher dem Ordoliberalismus

zu gewandt, als der sozialistischen Idee. Ist das in dieser Situation relevant, ich glaube nicht. Selbst wenn er damit recht hätte, spielt es keine Rolle. Es geht ja nicht um die Revolution, die in Deutschland bekannter maßen nicht möglich ist. Denn dafür muss ich ja zum Ordnungsamt, ein Formular ausfüllen zur Beantragung der Revolution. Das Blöde in diesem Land ist nur, dass es dieses Formular gar nicht gibt, und somit fällt die Revolution wohl sprichwörtlich ins Wasser.

12. Zum Schluss fragt Carsten explizit danach, **was Liebknecht sagen würde.** Es ist schwer vorherzusagen, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf einen solchen Text reagieren würden. Das berühmte Zitat von Liebknecht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, wird von Carsten so ausgelegt, dass wir die Akteure des KLK nicht erkennen oder erkennen wollen, dass Zitat: „Aber der Spruch stammt aus einer ganz anderen Zeit, das verstehen manche nicht.“ Ja Liebknecht und Luxemburg lebten im frühen 20. Jahrhundert und waren politische Akteure ihrer Zeit. Ihre politischen Überzeugungen und Aktivitäten waren stark von den politischen und sozialen Bedingungen ihrer Epoche geprägt. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren führende Mitglieder der Spartakusgruppe und später der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie waren entschlossene Kritiker des Kapitalismus, Befürworter des Sozialismus und Gegner des Ersten Weltkriegs sowie der imperialistischen Politik ihrer Zeit. Ihre politische Aktivität und ihre Ansichten wurden von vielen Genossen als radikal angesehen. Für Carsten scheint die Ideale, die Tradition der Arbeiterklasse aus der Zeit gefallen zu sein. Wenn dem so ist, hätte er recht. Dann passen diese Thesen nicht mehr in die schöne neue kapitalistische Welt der angeblichen sozialen Marktwirtschaft.

Sollten sie allerdings nicht aus der zeitgefallen sein, dann sind die Thesen von Luxemburg und Liebknecht so aktuell wie vor 100 Jahren. Wie kann man ernsthaft daran zweifeln. Hier ist eindeutig Carsten zu widersprechen, denn die Thesen sind genauso aktuell wie damals. Der Kapitalismus führt Kriege, produziert Reichtum für Wenige und Armut für die Mehrheit der Menschen. Es ist schwer zu verstehen, dass es Genossen in einer sozialistischen Partei, die mal die Systemfrage stellte, nicht erkennen wollen, dass es an der Zeit ist Nein zu sagen, genau wie Liebknecht.

Angesichts dieser historischen Kontextualisierung könnten Karl und Rosa wahrscheinlich auf einen Text wie den von Carsten geschrieben wie folgt reagieren:

**Unterstützung für Meinungsfreiheit:** Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kämpften für die Meinungsfreiheit und das Recht auf politische Betätigung. Sie würden wahrscheinlich die Bedeutung betonen, dass verschiedene Meinungen und politische Strömungen innerhalb der Linkspartei oder einer politischen Bewegung toleriert

und diskutiert werden sollten.

**Kritik an Uneinigkeit:** Sie könnten jedoch auch darauf hinweisen, dass interne Spaltungen und Konflikte in politischen Bewegungen die Effektivität und Durchsetzungsfähigkeit schwächen können. Sie könnten zur Einheit und zur Notwendigkeit aufrufen, politische Differenzen konstruktiv zu diskutieren und zu überwinden.

**Betonung der sozialen Gerechtigkeit:** Liebknecht und Luxemburg würden wahrscheinlich die Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit und der Beseitigung von Ungerechtigkeiten betonen und kritisch hinterfragen, ob die Diskussionen und Aktivitäten innerhalb der Linkspartei oder einer politischen Bewegung tatsächlich dazu beitragen, soziale Veränderungen voranzutreiben. Rosa Luxemburg hat in ihrem Buch zur Spaltung der SPD darauf hingewiesen, dass **nicht die Minderheit spaltet, sondern die Mehrheit, indem sie das zentrale Element der SPD, die Friedenspolitik, aufgegeben hat.** Rosa betonte immer die Bedeutung der Einheit der Arbeiterklasse und der breiten Mehrheit gegenüber den Interessen der herrschenden Eliten. Einer ihrer wichtigen Gedanken war, dass es die herrschende Klasse und ihre Interessen waren, die die Spaltung in der Gesellschaft vorantrieben, um ihre Macht zu festigen. Sie und Liebknecht argumentierten, dass die Arbeiterklasse und die breite Mehrheit der Bevölkerung, ungeachtet ihrer Unterschiede, **ein gemeinsames Interesse an sozialer Gerechtigkeit und politischer Demokratie** hatten. Die Spaltung in der Gesellschaft wurde oft von den herrschenden Eliten genutzt, um die Arbeiterklasse zu schwächen und politische Bewegungen zu zerschlagen. In diesem Kontext wies Luxemburg darauf hin, dass es nicht die Minderheit war, die die Spaltung vorantrieb, sondern die Mehrheit, die sich gegen die Interessen der herrschenden Klasse vereinigen musste, um soziale Veränderungen zu erreichen.

Ihre Theorien betonten die Notwendigkeit der Solidarität und Einheit unter den Arbeitern, um eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft zu schaffen.

Vielleicht bleibt es eine Illusion, es ist aber unsere Aufgabe es zu versuchen.

11. Abschließend bleibt festzustellen, dass es richtig ist, diese Partei nicht kampfflos aufzugeben. Ja wir halten die Ideen von Karl und Rosa auch heute noch relevant und müssen auf aktuelle politische Debatten und Entwicklungen angewendet werden. Sie erinnern daran, wie wichtig es ist, die gemeinsamen Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu erkennen und sich gegen Spaltungsversuche und die Förderung von Konflikten zu wehren, um eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen.

Wir halten es mit Karl Liebknecht: Zitat: „Weit gefährlicher als theoretische Angriffe sind praktische Verleugnungen unserer Prinzipien.“ *Lajos Orban*

# TERMINE

Mo., 23.10., 18.00 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstands	Geschäftsstelle
Sa., 28.10., 10.00 Uhr	Parlamentariertag der LINKEN	Hansemesse Schmarl, Rotunde
Sa., 4.11., 09.30 Uhr	Kreisparteitag	Waldemar Hof
Sa., 4.11., 14.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der Vertreter der Vertreterversammlung	Waldemar Hof
Do., 16.11., 18.00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Vortrag und Diskussion zum Thema „Was sind Bitcoin und wie funktionieren sie?“	Peter Weiss Haus
Mo., 20.11., 18.00 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Geschäftsstelle
Sa., 9.12., 09.00 Uhr	Versammlung zur Aufstellung der Bewerber für die Bürgerschaft	Waldemar Hof
Mo., 11.12., 18.00 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Geschäftsstelle

## AKTUELLES

### Frieden schaffen ohne Waffen – das ist das Gebot der Stunde!

*Zum von den Vereinten Nationen 1981 ausgerufenen Weltfriedenstag am 21. September erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Jeannine Rösler:*

„Seit Menschengedenken toben weltweit Kriege und gewaltsame Konflikte. Auch Deutschland beteiligt sich mit Truppen, zuletzt in Afghanistan, aktuell in Mali und an zwanzig weiteren Auslandseinsätzen und Missionen. Mit genehmigten und ungenehmigten Waffenexporten der deutschen Rüstungsindustrie ist Deutschland an weiteren Kriegen und Konflikten beteiligt. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine werden uns die Folgen kriegerischen Handelns so deutlich vor Augen geführt wie lange nicht mehr. Ein Ende dieses Krieges ist nicht in Sicht und Tag für Tag sterben Soldatinnen und Soldaten und Zivilisten, wird Infrastruktur zerstört. Das muss endlich ein Ende haben. Es müssen Mittel und Wege für politische Lösungen gefunden werden.“

Statt weiterer Waffenlieferungen, die die Gewalt- und Eskalationsspirale ankurbeln, sollte sich die Bundesregierung für sofortige diplomatische Lösungen einsetzen. Frieden schaffen ohne Waffen – das ist das Gebot der Stunde.“

\*\*\*

Am 1. September fand das traditionelle Friedensfest der LINKEN in Graal-Müritz statt. Wir freuen uns, dass so viele Menschen mit uns gemeinsam ein Zeichen für

den Frieden, gegen Krieg und Aufrüstung gesetzt haben. Unser besonderer Dank gilt der gemeinsamen Europakandidatin der Länder Brandenburg und MV, Frederike-Sophie Gronde-Brunner. Wir haben uns sehr über Deinen Besuch gefreut und wünschen von Herzen viel Erfolg! Wir freuen uns schon aufs nächste Jahr!



## IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: [info@dielinke-rostock.de](mailto:info@dielinke-rostock.de)  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: [landkreis-rostock@die-linke-mv.de](mailto:landkreis-rostock@die-linke-mv.de)  
Internet: [www.die-linke-landkreis-rostock.de](http://www.die-linke-landkreis-rostock.de)

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
E-Mail: [redaktion.klartext@web.de](mailto:redaktion.klartext@web.de)

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

### Abenddämmerung (von Heinrich Heine)

Am blassen Meeresstrande  
Saß ich gedankenbekümmert und einsam.  
Die Sonne neigte sich tiefer, und warf  
Glührote Streifen auf das Wasser,  
Und die weißen, weiten Wellen,  
Von der Flut gedrängt,  
Schäumten und rauschten näher und näher

Ein seltsam Geräusch, ein Flüstern und Pfeifen,  
Ein Lachen und Murmeln, Seufzen und Sausen,  
Dazwischen ein wiegenliedheimliches Singen -

Mir war, als hört ich verschollne Sagen,  
Uralte, liebliche Märchen,  
Die ich einst, als Knabe,  
Von Nachbarskindern vernahm,  
Wenn wir am Sommerabend,  
Auf den Treppensteinen der Haustür,  
Zum stillen Erzählen niederkauerten,  
Mit kleinen horchenden Herzen  
Und neugierklugen Augen; -

Während die großen Mädchen,  
Neben duftenden Blumentöpfen,  
Gegenüber am Fenster saßen,  
Rosengesichter,  
Lächelnd und mondbegläntzt.

# AKTUELLES

## Wohngipfel enttäuschend für Mieterinnen und Mieter

Pressemitteilung von Caren Lay, 25. September 2023

„Der ‚Baugipfel‘ ist eine einzige Enttäuschung für Mieterinnen und Mieter. Zwei Jahre nachdem Olaf Scholz sich selbst zum ‚Kanzler für bezahlbares Wohnen‘ erklärt hat, steigen die Mieten ungebremst weiter, der soziale Woh-



nungsbau kommt nicht in die Gänge und der versprochene Mietenstopp steht noch nicht einmal auf der Tagesordnung. Die von Miet- und Sozialverbänden geforderte Gemeinnützigkeit bleibt ein Papiertiger. Stattdessen besiegelt der Gipfel ein neues Steuersparmodell für die Oberschichten, ohne soziale Vorgaben – das ist absurd“, so Caren Lay, Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Lay weiter:

„Die Bundesregierung inszeniert beim Wohngipfel eine Reihe kleinerer Maßnahmen. Keine davon ist geeignet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Mietenanstieg zu stoppen. Selbst in Städten, in denen die Mieten bisher bezahlbar wa-

ren – wie Delmenhorst, Worms oder Weiden – stiegen die Mietpreise um 13 Prozent innerhalb nur eines Jahres.

Nach zwei Jahren im Amt legt die Ampel-Regierung noch nicht einmal einen Gesetzentwurf für ein soziales Mietrecht vor, von dem schwachen Inhalt des Koalitionsvertrages ganz zu schweigen. Im Ergebnis zahlen viele Menschen jetzt schon über die Hälfte des Einkommens nur für das Wohnen. Nicht einmal ein Viertel der versprochenen 100.000 neuen Sozialwohnungen pro Jahr wurde geschaffen. Da hilft es auch nicht, dass die Bundesregierung jetzt die Ausgaben der Länder in ihre Rechnung integriert, um eine möglichst hohe Zahl von 45 Milliarden Euro zu präsentieren. Es ändert nichts daran, dass die Regierung selbst nur 18 Milliarden in fünf Jahren für Sozialwohnungsbau ausgeben will, soviel bräuchte es eigentlich im Jahr. Auch der Rechtsrahmen für einen nachhaltigen Neustart im sozialen Wohnungsbau, die Neue Wohngemeinnützigkeit, kommt nicht in die Gänge. Bisher liegt nur ein dürrer Vermerk des Bauministeriums vor, von einem ressortabgestimmten Gesetzentwurf fehlt jede Spur. Und auch der Bund selbst hat im letzten Jahr gerade mal lächerliche 76 Wohnungen selbst gebaut.

Die Sonder-AfA mit einer Rekord-Steuerabschreibung von sechs Prozent kommt gänzlich ohne Mietobergrenzen aus. Das ist eine teure und ungezielte Gießkannenförderung, mit der am Ende Reiche ihre Luxusvillen und Lofts von der Steuer absetzen können. Das hat mit sozialer Wohnungspolitik nichts zu tun.

Man wird den Eindruck nicht los: Scholz hat sich seinen Wahlsieg mit den Stimmen der Mieterinnen und Mieter erkaufte, sich dann zwei Jahre nicht um sie gekümmert und hat offensichtlich auch nicht die Absicht, es künftig zu tun. Wir brauchen jetzt dringend einen Mietenstopp und ein Öffentliches Wohnungsbauprogramm von 20 Milliarden jährlich, das zum Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungssektors dient.“



**Gewinner:** Alle, die trotz schwieriger Umstände weiter für den Erfolg der LINKEN kämpfen.

**Verliererin:** Amira Mohamed Ali, amtierende Vorsitzende der Linksfraktion. Sie erklärte auf einer Pressekonferenz, dass gemeinsame Abstimmungen mit der AfD ein ganz normaler parlamentarischer Vorgang seien. Ein Schlag ins Gesicht aller Antifaschist\*innen in der LINKEN, aber auch eine gezielte Provokation, um der neuen Wagenknechtpartei den Weg zu bereiten.

## MONATSAHNL

In Deutschland hat die Zahl der Befürworter rechtsextremer Einstellungen zugenommen. Zu diesem Ergebnis kommt die „Mitte-Studie“, mit der im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung alle zwei Jahre die Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte abgefragt werden. Acht Prozent der Menschen in Deutschland teilen demnach ein rechtsextremes Weltbild, das ist jeder zwölfte Erwachsene. In den Vorjahren seien dies zwei bis drei Prozent gewesen.

## MONATSZITAT

„Wenn man etwas kaputt macht, dann sollte man das nur machen, wenn man weiß, dass man was Neues aufbauen kann“, Sahra Wagenknecht im ZDF auf die Frage, warum sie noch Mitglied der Linkspartei ist und wann sie ihre neue Partei gründen will.

## LYRIK

**Ich hatte einst ein schönes Vaterland**  
von Heinrich Heine

Ich hatte einst ein schönes Vaterland  
der Eichenbaum  
wuchs dort so hoch  
es war ein Traum.

Das küsste mich auf deutsch und sprach  
auf deutsch  
(man glaubt es kaum,  
wie gut es klang) das Wort: „Ich liebe  
Dich“ –  
es war ein Traum.